

10. Chronologie der Europäischen Integration 1990

(Zusammengestellt von Melanie Piepensneider)

Januar

Ministerrat

1. Januar: Der Ratsvorsitz geht von Frankreich an Irland über.

Europäisches Währungssystem

5. Januar: Auf Antrag Italiens wurde die Bandbreite der Lira von 6 auf 2,25% gesenkt.

Präsidentschaft

6./7. Januar: Auf einer Arbeitssitzung in Dublin beraten Vertreter der Kommission mit der irischen Regierung über weitere Schritte auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Vorlage eines Weißbuches über die Vollendung des Binnenmarktes, die soziale Dimension des Binnenmarktes sowie die Außenbeziehungen der EG.

Kommission

10. Januar: Die Kommission nimmt das Arbeitsprogramm für 1990 an, dessen Grundpfeiler die Verwirklichung aller Ziele der Einheitlichen Europäischen Akte, die Konkretisierung einer für den Bürger greifbaren Gemeinschaft, die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, die neue gesamteuropäische Verantwortung der EG kombiniert mit verstärkten Anstrengungen gegenüber den Ländern des Südens sind.

Japan

10. Januar: Der japanische Ministerpräsident, Toshiki Kaifu, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen, die internationalen Handelsbeziehungen im Rahmen der Uruguay-Runde sowie

über bilaterale Beziehungen. Beide Seiten wollen ihre Beziehungen nach dem Vorbild der Beziehungen zwischen der EG und den Vereinigten Staaten institutionalisieren.

Polen

11./12. Januar: Kommissionsmitglied Mac Sharry stattet Polen einen Besuch ab. Er nimmt an der ersten Sitzung des Verwaltungsrates für den Gegenwertfonds teil, dessen Einrichtung im Rahmen der vom Rat im Juli 1989 beschlossenen Nahrungsmittelhilfeaktion geplant worden war und führt Gespräche über die Lage der Landwirtschaft und den zusätzlichen Nahrungsmittelbedarf Polens.

Schweden

15. Januar: Der schwedische Ministerpräsident, Ingvar Carlsson, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Beziehungen zwischen der EG und den Staaten der EFTA, bei denen Carlsson betont, daß die EG sich zunächst auf die Festigung der Beziehungen zur EFTA konzentrieren solle, bevor über eine Zusammenarbeit mit Osteuropa nachgedacht werde. Er räumt ein, daß die DDR nicht mit den anderen osteuropäischen Staaten zu vergleichen sei.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

15./16. Januar: In Paris wird die Gründung einer Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beschlossen, mit dem Ziel, die reformwilligen osteuropäischen Staaten in ihrem strukturellen Anpassungsprozeß zu fördern; mit der Bank sollen vornehmlich private Investitionen unterstützt werden, das Grundkapital soll 20 Mrd. D-Mark betragen. Neben EG und EFTA entsenden auch die Vereinigten Staaten, Kanada,

Japan, Australien, Neuseeland sowie die Türkei, Malta und Zypern Delegationen.

Europäisches Parlament

15.-19. Januar: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Der amtierende Ratspräsident, der irische Außenminister Gerry Collins, erläutert das Programm der irischen Präsidentschaft, spricht sich für eine Beschleunigung der europäischen Integration, die Vollendung des Binnenmarkts und die Einleitung einer Wirtschafts- und Währungsunion aus und unterstreicht die Notwendigkeit, neue Formen der Zusammenarbeit auch mit den anderen europäischen Staaten zu finden und die Rolle des EP zu stärken. Kommissionspräsident Jacques Delors, stellt das Arbeitsprogramm der Kommission für 1990 vor, in dem er besonders auf die internationale Verantwortung der EG, die Beziehungen zu den EFTA-Ländern und die deutsche Frage eingeht, bei der er die Möglichkeit einer raschen Integration der DDR in die EG sieht, sei es als zweiter deutscher Staat oder zusammen mit der Bundesrepublik – nach der erfolgreichen Durchführung freier Wahlen. Der Präsident der tschechoslowakischen Bundesversammlung, Alexander Dubcek, nimmt den Sacharow-Preis entgegen. Die Parlamentarier beraten über das von der Kommission vorgestellte Konzept der Hilfe für Osteuropa, die Förderung der Energietechnologie, die Wettbewerbspolitik sowie über Leitlinien für die Entwicklungshilfe an Lateinamerika und Asien. In der Dringlichkeitsdebatte verurteilen die Abgeordneten die amerikanische Militärintervention in Panama, fordern die Zwölf auf, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Wiedereinführung einer von den Roten Khmer dominierten Diktatur in Kambodscha zu verhindern, verabschieden Entschlüsse zu Menschenrechtsverletzungen in Israel, Sudan, Türkei und Brasilien und diskutieren über die Hilfe bei Naturkatastrophen, den Boykott einer internationalen AIDS-Konferenz in San Francisco und die Einleitung von Industrieabfällen in die Nordsee durch Großbritannien.

Europäische Politische Zusammenarbeit

18. Januar: Die Zwölf sprechen sich für einen Stopp aller äußeren militärischen Unterstüt-

zung für die Bürgerkriegsparteien in Kambodscha aus, stellen sich gegen eine erneute Machtübernahme der Roten Khmer, äußern ihr Entsetzen und ihre Entrüstung über die Morde an zwei Mitgliedern von Bewegungen, die für einen friedlichen und demokratischen Wandel in El Salvador ein treten, begrüßen die kolumbianische Ankündigung eines besonderen Kooperationsprogramms zur Bekämpfung des Drogenhandels und geben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Aufhebung des Kriegsrechts in der VR China zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation führen werde.

Europarat

19./20. Januar: In Venedig kommen auf Initiative der italienischen Regierung Vertreter der Mitgliedstaaten des Europarates und einiger osteuropäischer Staaten zu einer Konferenz zusammen, in deren Mittelpunkt die Zusammenarbeit im Rechtswesen steht. Sie gründen eine Kommission mit dem Namen "Demokratie durch das Recht".

Außenbeziehungen

20. Januar: Der Rat der Außenminister einigt sich im Rahmen eines Sondertreffens in Dublin auf eine Nahrungsmittel-Soforthilfe für Rumänien und Polen. Über den Kommissionsvorschlag zu einer Bevorzugung der DDR bei einem eventuellen Beitrittsantrag gibt es Meinungsverschiedenheiten; einige Außenminister halten Überlegungen über einen Sonderstatus der DDR für verfrüht.

Inland

22. Januar: Der isländische Minister für Handel, Industrie und Energie, Sigurdsson, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und der EFTA sowie über den Wunsch Islands, von der EG eine Sonderregelung im Fischereisektor zu erwirken.

Agrarpolitik

22./23. Januar: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel

über die Festsetzung der Preise für 1990/91, Beihilferegulungen für Baumwoll-Kleinerzeuger sowie Maßnahmen zur Eindämmung der Rinderseuche und stimmt einem Vorschlag über Sofortlieferungen von Nahrungsmitteln an Rumänien und Polen zu.

Thailand

22.–24. Januar: Kommissionsmitglied Matutes stattet Thailand einen Besuch ab und führt Gespräche über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen, die Rolle der EG in bezug auf verschiedene Probleme der Region sowie die Auswirkungen der Vollendung des Binnenmarktes und der Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa.

Philippinen

24.–26. Januar: Kommissionsmitglied Matutes stattet den Philippinen einen Besuch ab und führt Gespräche über die weitere Unterstützung des Staates durch die EG. Er unterzeichnet ein Finanzierungsabkommen in Höhe von 16,5 Mio. ECU für ein Agrarprogramm in Süd-Mindanao.

Europäische Politische Zusammenarbeit

23. Januar: Die Zwölf bekräftigen ihre Unterstützung für Äthiopien, appellieren an alle Parteien, die Auslieferung und Verteilung humanitärer Hilfen und Notstandsunterstützung zu erleichtern und verabschieden eine Erklärung zu den Angriffen auf Handelsschiffe am Horn von Afrika.

Norwegen

25. Januar: Der norwegische Ministerpräsident Syse stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Funktionsweise des Europäischen Währungssystems, die Entwicklung hin zur Wirtschafts- und Währungsunion, die Verhandlungen zwischen der EG und der EFTA im Hinblick auf ein globales Abkommen, die Einrichtung der Europäischen Umweltagentur, die Beziehungen zwischen Norwegen und der EG in den Bereichen Fischerei, Forschung und Entwicklung sowie Energie.

Europäische Politische Zusammenarbeit

26. Januar: Die Zwölf erklären gegenüber der Regierung von Haiti ihre Bedenken hinsichtlich der Verhängung des Ausnahmezustands Ausdruck und drängen auf eine Aufhebung der Beschränkungen und die Wiederherstellung der zivilen Freiheiten.

DDR

29. Januar: Der stellvertretende Außenwirtschaftsminister der DDR, Christian Meyer, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über ein mögliches Handels- und Kooperationsabkommen zwischen EG und DDR sowie über weitreichende Formen der Zusammenarbeit.

Europarat

29. Januar: Die Parlamentarische Versammlung berät in Straßburg die Situation in Mittel- und Osteuropa und das Problem der Flüchtlinge aus diesen Gebieten. Weitere Themen sind die Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Telekommunikation, die Rechte der Kinder, die Zunahme des europäischen Flugverkehrs und die Situation Andorras. Die Versammlung verurteilt die Verschleppung von Mitarbeitern des Roten Kreuzes und verabschiedet eine Empfehlung, eine Außenminister-Sonderkonferenz der Mitgliedstaaten einzuberufen, an der die Länder Osteuropas gleichberechtigt teilnehmen sollen. Der ungarische Ministerpräsident, Miklos Nemeth, spricht vor der Versammlung und erklärt, Ungarn wolle aktiv auf das Ziel eines blockfreien, friedlichen und sicheren Europas hinarbeiten. Der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki fordert mehr Tempo bei der europäischen Integration und schlägt eine Institutionalisierung der Kontakte im Rahmen der KSZE in einem "Rat für europäische Zusammenarbeit" vor.

Mexiko

31. Januar: Der mexikanische Staatspräsident, Carlos Salinas de Gortari, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die bilaterale Zusammenarbeit, in denen er versichert, daß Mexikos Bestimmungen zum Schutz von Investitionen und

geistigem Eigentum sehr strikt seien. Er bittet Delors, seinen Appell an die europäischen Unternehmer weiterzuleiten, daß sie über die neuen Möglichkeiten in Osteuropas nicht die Investitionen in Mexiko vergessen.

Polen

31. Januar – 1. Februar: Der polnische Ministerpräsident, Tadeusz Mazowiecki, führt mit Kommissionspräsident Jacques Delors und Abgeordneten des EP Gespräche über Polen und erklärt, daß sein Land ein Assoziationsabkommen mit der EG abschließen wolle, bei dem jedoch die Bindung an die anderen Staaten Mitteleuropas berücksichtigt werden müsse, um eine Balkanisierung Osteuropas zu verhindern. Er vertritt die Ansicht, daß die europäische Eingung Vorrang vor der deutschen Einheit haben müsse und betont, daß die deutsche Frage nur unter Gewährleitung der Oder-Neisse-Grenze gelöst werden kann.

Europäische Politische Zusammenarbeit

31. Januar: Die Zwölf äußern ihre ernste Besorgnis über die jüngsten Vorschläge, jüdische Einwanderer in den von Israel besetzten Gebieten anzusiedeln, bekräftigen ihre Haltung, daß diese Politik illegal sei und hoffen, daß die israelische Regierung die Aussichten für den Frieden im Nahen Osten damit nicht bedrohe.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

31. Januar – 1. Februar: Auf seiner 273. Plenartagung nimmt der WSA Stellung zur allgemeinen Produktsicherheit, zur Transparenz der vom industriellen Endverbraucher zu zahlenden Gas- und Strompreise, zu Investitionsvorhaben von gemeinschaftlichem Interesse auf dem Erdöl-, Erdgas- und Elektrizitätssektor sowie zur zweiten allgemeinen Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise und zur Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel zwischen der EG und Lateinamerika.

Februar

Europäische Politische Zusammenarbeit

5. Februar: Die Zwölf begrüßen die vom südafrikanischen Präsidenten de Klerk angekün-

digten Reformen, erklären, daß in dem Maße, wie Südafrika in einen Dialog zur Abschaffung der Apartheid eintritt, sie ihre Haltung gegenüber Südafrika überprüfen werden, äußern ihre Sorgen um den Ausbruch von Kämpfen in den christlichen Gebieten Libanons, rufen zur sofortigen Beendigung der Feindseligkeiten auf und bieten humanitäre Hilfe an.

Allgemeine Angelegenheiten

5. Februar: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Vorbereitung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Bonn, die Schaffung einer Europäischen Stiftung für Berufsbildung, ein Aktionsprogramm zugunsten der Länder Mittel- und Osteuropas, die Vorarbeiten zur Regierungskonferenz für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion, den Antrag der Türkei auf Beitritt zur EG, eine Erneuerung der Mittelmeerpolitik, ein Sonderprogramm für die Zusammenarbeit mit Kolumbien im Rahmen des Andenpakts, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und den Binnenmarkt für Kraftfahrzeuge.

Europäische Politische Zusammenarbeit

6. Februar: Die Zwölf verurteilen den Überfall auf einen israelischen Touristenbus in Ägypten und wiederholen ihren Appell, dringend eine globale Verhandlungslösung für den arabisch-israelischen Konflikt anzustreben.

Sowjetunion

7. Februar: Auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU setzt Gorbatschow sein Reformprogramm durch, in dem die Partei auf ihre Führungsrolle im Staat verzichtet und das ein mit umfassenden Vollmachten ausgestattetes Staatspräsidentenamt vorsieht.

Argentinien

7. Februar: Die Kommission teilt mit, daß die EG und Argentinien sich auf den Abschluß eines umfassenden Wirtschaftsabkommens geeinigt haben, das zum ersten Mal auch demokratische Prinzipien und die Achtung der Menschenrechte enthält.

DDR

8. Februar: Die Kommission richtet eine spezielle Arbeitsgruppe ein, die eine Reaktion der EG auf die erwartete Erweiterung durch die DDR erörtern und die möglichen Konsequenzen für die Problembereiche der Gemeinschaftspolitik – Agrarpolitik, die Strukturfonds und die angestrebte Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – feststellen soll.

Zypern

8.–10. Februar: Kommissionsmitglied Matutes stattet Zypern einen Besuch ab und führt Gespräche über die Beziehungen zwischen Zypern und EG.

Israel

9. Februar: Die Kommission friert auf Empfehlung des EP die Beziehungen zu Israel ein und sagt Besuche und gemeinsame Tagungen ab, um damit auf den israelischen Plan zu reagieren, sowjetische Emigranten in den besetzten Gebieten anzusiedeln.

Wirtschaft und Finanzen

12. Februar: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Brüssel die Pläne für eine Wirtschafts- und Währungsunion der beiden deutschen Staaten, der die EG-Partner grundsätzlich zustimmen, und erörtert die geplante Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Osteuropa. Die USA fordern, daß ihnen dort eine Sperrminorität eingeräumt wird und wollen außerdem sicherstellen, daß aus dieser Einrichtung der Sowjetunion keine Darlehen gewährt werden, solange sich das Land nicht in eine pluralistische Gesellschaft verwandelt habe.

Agrarpolitik

12./13. Februar: Der Rat der Landwirtschaftsminister beginnt auf seiner Tagung in Brüssel mit den Verhandlungen über die Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und bestimmte flankierende Maßnahmen für 1990/91.

Europäisches Parlament

12.–16. Februar: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten beraten über die Leitgedanken des Arbeitsprogramms der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft, die Liberalisierung des Kfz-Versicherungsmarktes, die Besteuerung von Sparerträgen, die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken und einen umfassenden Aufgabenkatalog für das geplante Europäische Umweltamt. Kommissionspräsident Jacques Delors schlägt in der Debatte um die deutsche Frage vor, einen Sondergipfel der EG zur Einheit der Deutschen nach der Wahl in der DDR einzuberufen. Die Parlamentarier warnen in einer Aussprache die Bundesrepublik Deutschland vor einem Alleingang in der deutschen Vereinigung und fordern eine Absprache mit den europäischen Partnern. Das EP setzte sich weiterhin für eine umfassende Unterstützung des Reformprozesse in Polen ein, stimmt dem Wirtschafts- und Handelsabkommen mit der Sowjetunion zu und fordert ein besonderes Unterstützungsprogramm für Rumänien. In der Dringlichkeitsdebatte geht es um die Forderungen des EP nach Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Südafrika, die Garantie von Meinungsvielfalt und -freiheit in den Mitgliedstaaten, Menschenrechtsverletzungen in Kosovo (Jugoslawien), Kuba, Saudi-Arabien, China, Guatemala und West-Sahara sowie die Spannungen zwischen Indien und Pakistan.

Australien

13. Februar: Der australische Minister für Handelsverhandlungen Duffy stattet der Kommission einen Besuch ab und führt Gespräche über Agrarfragen auf bilateraler Ebene im Rahmen der Uruguay-Runde.

Tunesien

13. Februar: Der tunesische Landwirtschaftsminister Zorgati stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die künftige Regelung für tunesische Olivenölausfuhren in die EG.

Beratender Ausschuß EGKS

15. Februar: Auf der 283. außerordentlichen Sitzung des Beratenden Ausschusses der EGKS in Luxemburg wird der von der Kommission dem Rat unterbreitete Vorschlag für eine Vollmacht zur Aushandlung von Abkommen über die Einfuhren von Stahl mit Ursprung in bestimmten Drittländern für 1990 geprüft.

ASEAN

16./17. Februar: Die Außenminister der EG und der ASEAN-Staaten beraten in Kuching (Malaysia) über den Stand der bilateralen Beziehungen. Sie einigen sich darauf, daß die verschiedenen Bereiche der Zusammenarbeit ausgebaut werden müssen, wobei dem privaten Sektor eine größere Rolle zukommen soll. Gleichzeitig soll aber auch die Hilfe für die ärmsten Bevölkerungsschichten auf dem Lande uneingeschränkt fortgesetzt werden.

Europäische Politische Zusammenarbeit

19. Februar: Die Zwölf äußern sich besorgt über die jüngste Ausweitung der Kämpfe in Angola, über die Auswirkungen auf eine dauerhafte Konfliktregelung sowie die Stabilität in Namibia und fordern dringend die Durchsetzung eines Waffenstillstandes und Bemühungen um eine politische Lösung.

Außenbeziehungen

20. Februar: Der Rat der Außenminister berät auf einem informellen Treffen in Dublin Fragen der deutschen Vereinigung und beschließt, daß die Partnerländer künftig nicht nur informiert, sondern in die Konsultationen mit einbezogen werden.

Europäische Politische Zusammenarbeit

20. Februar: Die Zwölf begrüßen die Annahme der Verfassung durch die Versammlung in Namibia, wiederholen, daß die Besiedelung der besetzten Gebiete durch Israel illegal sei und fordern die israelische Regierung auf, ihre Aussicht auf eine friedliche Lösung in der Region nicht zu unterlaufen. Sie erneuern ihre

Forderung nach einem Ende jeglicher militärischer Unterstützung der Konfliktparteien in Kambodscha von außen und begrüßen die Verhandlungen der Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, drängen weiterhin auf eine Verhandlungslösung am Horn von Afrika, fordern die Beteiligten auf, die Feindseligkeiten zu beenden, zeigen sich besorgt über die Überfälle auf Lieferungen von Hilfsgütern, betonen die grundlegende Rolle der KSZE bei der Sicherung einer dauerhaften Friedensordnung, erläutern richtungweisende Aspekte für den künftigen Prozeß und befürworten den Beginn eines vorbereitenden Treffens bis Juli 1990.

Binnenmarktpolitik

22. Februar: Der Ministerrat für Binnenmarktpolitik einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel über einen gemeinsamen Standpunkt zu einem Richtlinienvorschlag über die Vergabe öffentlicher Aufträge und berät über die Vollendung des Binnenmarktes für das Versicherungswesen sowie über Richtlinienvorschläge für Rechnungsabschlüsse.

Vereinigte Staaten von Amerika

22./23. Februar: Kommissionsvizepräsident Andriessen führt in Amerika Gespräche über Aspekte der Uruguay-Runde und die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen.

Forschungspolitik

26. Februar: Der Ministerrat für Forschungsfragen trifft auf seiner Tagung in Brüssel mit einer Delegation des EP zu einer Konzertierungssitzung über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung zusammen.

Europäische Politische Zusammenarbeit

27. Februar: Die Zwölf begrüßen den fairen Verlauf der Wahlen in Nicaragua und bekräftigen ihre Bereitschaft, stärker mit den Ländern der Region zusammenzuarbeiten und die wirtschaftliche Entwicklung sowie den sozialen Fortschritt im Interesse größerer Stabilität zu unterstützen.

März

Beschäftigungspolitik

1.-2. März: Der für Beschäftigungsfragen zuständige Ministerrat diskutiert auf einem informellen Treffen in Dublin die Möglichkeiten eines EG-Programms für Menschen, die länger als zwei Jahre arbeitslos waren.

N + N-Staaten

1.-2. März: In Valetta beraten die Außenminister von neun neutralen und nichtgebundenen europäischen Staaten über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie über den deutschen Einigungsprozeß.

Tschechoslowakei

2. März: Der tschechoslowakische Außenminister stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Beziehungen seines Landes mit der Gemeinschaft, insbesondere über das geplante Handels- und Kooperationsabkommen, mögliche Hilfe von der "Gruppe der 24" sowie die Exportbeschränkungen durch CoCom.

Allgemeine Angelegenheiten

5. März: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel den Stand der Verhandlungen in der Uruguay-Runde, die Schaffung des Binnenmarktes für Kraftfahrzeuge, die Direktiven für die Kommission zur Führung der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über das geplante Handels- und Kooperationsabkommen sowie den Stand der Beratungen der "Gruppe der 24" über die Ausdehnung der koordinierten Hilfe für die mittel- und osteuropäischen Länder.

Agrarpolitik

5.-7. März: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die Einfuhrabschöpfung für Schaf- und Ziegenfleisch, die Verwendung von Agrarerzeugnissen außerhalb des Lebensmittel-sektors sowie die tierseuchenrechtlichen Anforderungen an den innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit gefrorenem Rindersamen.

Indien

7. März: Der indische Außenminister, Shri I. Kumar Gujral, erörtert mit der Außenminister-"Troika" und Kommissionsmitglied Matutes den Stand der Beziehungen zwischen der EG und Indien sowie die Lage in der südasiatischen Region.

Türkei

7. März: Der türkische Ministerpräsident Ali Bozer stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die künftigen Beziehungen seines Landes zur EG. Er setzt sich für eine Zollunion, eine Beseitigung der EG-Beschränkungen für türkische Textil- und Landwirtschaftsexporte, eine Zusammenarbeit bei Wissenschaft und Forschung sowie einen engen politischen Dialog ein.

Jugoslawien

8. März: Der jugoslawische Ministerpräsident, Markovic, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die wirtschaftliche Lage Jugoslawiens sowie die EG-Hilfe, Schwierigkeiten mit dem Transitverkehr nach Griechenland sowie über Menschenrechte.

Europäische Politische Zusammenarbeit

9. März: Im Rahmen der EPZ richtet die Präsidentschaft einen Appell an die indonesische Regierung, aus humanitären Gründen auf weitere Vollstreckungen von 1965 im Zusammenhang mit dem fehlgeschlagenen Militärputsch verhängte Todesurteile zu verzichten.

Tourismus

9.-11. März: Der für den Tourismus zuständige Ministerrat erzielt auf einem informellen Treffen in Cong (Irland) Übereinstimmung über das von Kommissionsmitglied Antonio Cardoso e Cunha vorgelegte Aktionsprogramm "Tourismus für Europa in den Neunzigern".

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

10.-11. März: In Paris beraten 39 Delegationen über die Gründung einer Europäischen

Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Nicht einig werden sich die Teilnehmer über die Gründungsbedingungen, den Sitz und die Währung.

Wirtschaft und Finanzen

12. März: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Brüssel über Beschlüsse zur ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, mit denen unter anderem die Aufgaben und Befugnisse des Ausschusses der Präsidenten der Zentralbanken der EG-Mitgliedstaaten erweitert und verstärkt werden.

Europäisches Parlament

12.–16. März: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Parlamentarier befürworten die Legalisierung von Abtreibungen, heben die parlamentarische Immunität des Abgeordneten und Vorsitzenden der französischen Nationalen Front, Jean-Marie Le Pen, wegen antisemitischer Äußerungen auf, stimmen der Vorlage der EG-Kommission zur Schaffung eines Europäischen Umweltamtes zu, fordern ein umfassendes Verbot jeglicher, auch indirekter, Tabakwerbung und beraten über die Zukunft der ländlichen Gesellschaft angesichts der Entwicklung auf dem Sektor der Landwirtschaft, die Preis- und Mengenerpolitik für die Landwirtschaft, Formen der Unterstützung für Bauern, sowie die vorgesehene Konferenz zur Schaffung der Währungsunion. Die geplante Ausweitung der Gemeinschaftskompetenz auf diesem Gebiet macht nach der Meinung vieler Abgeordneter eine weitere Demokratisierung der EG-Institutionen unumgänglich.

Das Büro des EP beschließt am 14. März, daß die zwölf regulären Sitzungsperioden weiterhin in Straßburg abgehalten und Plenar-Sondersitzungen künftig in Brüssel stattfinden werden.

Industriepolitik

13. März: Der Ministerrat für Industriefragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über den Binnenmarkt für Kraftfahrzeuge, Textil- und Bekleidungsindustrie, Schuhindustrie, Biotechnologie sowie die Unterstützung des Schiffbaus.

DDR

13. März: Das Abkommen über Handel und handels- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit zwischen der EG und der DDR wird paraphiert. Es soll die DDR schon im Vorfeld einer sich abzeichnenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten handels- und wirtschaftspolitisch gegenüber der EG öffnen.

Forschungspolitik

13. März: Der Ministerrat für Forschungsfragen berät auf einem informellen Treffen in Bonn über Forschung am menschlichen Erbgut.

2 + 4-Konferenz

14. März: In Bonn beraten zum ersten Mal auf Beamtenbene Vertreter der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über die Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung.

Europäische Politische Zusammenarbeit

15. März: Die Zwölf erklären ihr Entsetzen über die trotz vieler Gnadenappelle in Bagdad vollzogene Hinrichtung des britischen Journalisten Farzad Bazoft, der als angeblicher Spion zum Tode verurteilt worden war.

KSZE

19. März – 11. April: Die Teilnehmer der KSZE-Sitzung in Bonn über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa legen Schlußfolgerungen zur Entwicklung und Diversifizierung der wirtschaftlichen Beziehungen, zur industriellen Kooperation, zu konkreten Gebieten der Zusammenarbeit sowie zu währungspolitischen und finanziellen Aspekten nieder, wobei sich zum ersten Mal alle Teilnehmerländer für Marktwirtschaft und Privateigentum aussprechen.

Europäische Politische Zusammenarbeit

19. März: Die Zwölf begrüßen in einer Erklärung zu Äthiopien die Vereinbarung zwischen der Regierung und der Widerstandsbewegung, Lieferungen mit Hilfsgütern und Nahrungs-

mitteln in die vom Hunger betroffenen Gebiete vorzulassen.

22. März: Die Zwölf übermitteln dem Volk und der Regierung von Namibia eine Grußbotschaft zur Unabhängigkeit des Landes.

Westeuropäische Union

22./23. März: Auf der Sondersitzung der Parlamentarischen Versammlung zum Bericht über die "Errichtung einer gerechten Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa" spricht der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski der NATO eine Funktion zur Aufrechterhaltung der Stabilität in Europa zu. Am 23. März tritt der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, für eine Ergänzung der beiden Militärbündnisse und ihre schließliche Ablösung durch kooperative Sicherheitsstrukturen ein. Der Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Valentin Falin, warnt vor einem Alleingang der Deutschen bei ihrer Vereinigung; die Sowjetunion werde erst dann auf ihre Rechte gegenüber Deutschland verzichten, wenn die Bedingungen dafür in einem Friedensvertrag klar festgelegt worden seien.

Umweltpolitik

22./23. März: Der Ministerrat für Umweltfragen billigt auf seiner Sitzung in Brüssel ein von der Kommission und EP ausgearbeitetes Kompromißpapier über die Einrichtung einer Europäischen Umweltagentur, berät über die Umweltverschmutzung in Osteuropa, die Wasserverschmutzung durch Nitrate, die Luftverschmutzung durch Autoabgase, den Schutz der Ozonschicht sowie über Klimaveränderungen und Modifizierungen der Wasserrichtlinien. Er verabschiedet eine Entschließung zur Behandlung von Abfällen, schränkt die Nutzung genetisch veränderter Mikroorganismen sowie die Verbreitung veränderter Organismen ein und einigt sich auf eine Richtlinie, die ab 1992 jedem Bürger der EG den freien Zugang zu Umweltdaten von Behörden garantieren soll.

Tschechoslowakei

23. März: Die EG verständigt sich mit der Tschechoslowakei auf ein Handels- und Ko-

operationsabkommen; Vertreter beider Seiten unterzeichnen in Brüssel eine entsprechende Vereinbarung.

Bundesrepublik Deutschland

23. März: Bundeskanzler Helmut Kohl stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Entwicklung der Deutschland-Frage.

Binnenmarktpolitik

23./24. März: Der Ministerrat für Binnenmarktfragen berät auf einem informellen Treffen in Dromoland Castle (Irland) über Fragen des Gesellschaftsrechts, die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Industrie, europaweite Netze in den Bereichen Transport, Energie, Erziehung und Ausbildung sowie Telekommunikation und berät die Sorgen der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Integration osteuropäischer Staaten in solche Netze.

Europarat

23./24. März: Die Außenminister der Mitgliedstaaten treffen in Lissabon zu einer Sonderkonferenz über die Zusammenarbeit des Rates mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa zusammen. Am Nachmittag des 24. März nehmen die Außenminister dieser Länder an den Beratungen teil. Unter den Ministern herrscht Einigkeit darüber, den Beitrittsgesuchen Polens und Ungarns binnen Jahresfrist zu entsprechen, für andere Länder sollen Assoziierungsmöglichkeiten erwogen werden. Außerdem werden die Schaffung eines europäischen Stabilitätsrahmens durch eine Institutionalisierung des KSZE-Prozesses sowie ein europäischer Rahmen für Konfliktschlichtung, die Verifizierung von Abrüstungskontrolle und eine Umweltagentur erörtert.

Am Rande der Konferenz findet das regelmäßige Vierertreffen zwischen EG und Europarat statt; beraten wird darüber, wie die Europaratsmitglieder ihre Anstrengungen hinsichtlich Mittel- und Osteuropa in den Bereichen Umwelt, Gentechnik und audiovisuelle Medien koordinieren werden.

Europäische Politische Zusammenarbeit

24. März: Die Zwölf beobachten mit Besorgnis die Berichte aus Litauen, fordern in einer EPZ-Erklärung alle Seiten zu großer Zurückhaltung auf und drücken ihre Hoffnung auf einen offenen und fairen Dialog und die Achtung der Prinzipien von Helsinki aus.

26. März: Die Zwölf geben eine EPZ-Erklärung zur Ermordung des kolumbianischen Präsidentschaftskandidaten Bernardo Jaramillo Ossa ab, in der sie die Notwendigkeit der Stärkung demokratischer Institutionen unterstreichen.

Agrarpolitik

26.–29. März: Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel nicht über die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1990/91.

Kommission/Schutz der Verbraucher

28. März: Die Kommission stellt einen Dreijahresplan (1990–1992) für die Politik zum Schutz der Verbraucher und der Gemeinschaft auf.

Verkehrspolitik

29. März: Der Ministerrat für Verkehrspolitik berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Alpentransitgespräche mit Österreich und der Schweiz, über die Preise im Luftverkehr, Aspekte des Speditionswesens, Liberalisierung des Güterverkehrs und Steuerharmonisierung. Er kritisiert die am gleichen Tag vom Bundestag der Bundesrepublik Deutschland verabschiedeten Schwerverkehrsabgabe für in- und ausländische Lastkraftwagen ab 18 Tonnen und kündigt an, daß die Kommission prüfen wird, ob diese Maßnahme eine Diskriminierung darstellt und gegebenenfalls beim EuGH klagen wird.

Finanzpolitik

31. März – 1. April: Der Rat der Finanzminister einigt sich auf einer informellen Tagung in Ashford Castle (Irland) auf die wesentlichen Konturen einer europäischen Zentralbank im Rahmen der angestrebten Wirtschafts- und

Währungsunion (WWU), bereitet die für Dezember vorgesehene Regierungskonferenz für die WWU vor und erörtert die geplante Währungsunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

April

Allgemeine Angelegenheiten

2. April: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die Beziehungen zur EFTA, Fragen eines künftigen Kraftfahrzeugmarkts mit Blick auf Japan, die Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern, die Visumpolitik gegenüber diesen Ländern, Fortschritte auf dem Weg zur WWU und Einwanderungsfragen.

Argentinien

2. April: In Luxemburg wird ein Rahmenabkommen über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EG und Argentinien unterzeichnet.

Arabische Liga

2. April: Der syrische Außenminister, Farouk as-Sharea, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche mit den Außenministern der Troika über die Lage in den israelisch besetzten Gebieten. Die arabischen Staaten bitten die EG um Unterstützung ihrer Kampagne gegen die Ansiedlung sowjetischer Juden in den besetzten Gebieten.

EFTA

2./3. April: Auf der informellen Ministertagung der EFTA in Genf werden die Ergebnisse der EG-EFTA-Sondierungsgespräche, die Fortsetzung des Prozesses zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), die Beziehungen zu Osteuropa und der Stand der Uruguay-Runde beraten. Für Jugoslawien wird ein EFTA-Entwicklungsfonds gegründet. Bezüglich Liechtensteins sind die Mitgliedstaaten angesichts der zu erwartenden Entwicklung des EWR bereit, das Fürstentum als Vollmitglied aufzunehmen.

Europäisches Parlament

2.-6. April: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten beraten Probleme bei der Verwirklichung des gemeinsamen Marktes für Kraftfahrzeuge, den Abschluß des Lomé-IV-Abkommens, Rechtsvorschriften über Telekommunikationsendgeräte, Sicherheit und Gesundheitsschutz an Computerarbeitsplätzen, ein Mobilitätsprogramm für den Hochschulbereich und beschließen die Entlastung für das Haushaltsjahr 1988. Die Parlamentarier bezeichnen die Ergebnisse der dritten Nordseeschutzkonferenz als unzureichend und fordern die Kommission auf, ein Aktionsprogramm mit konkretem Zeitplan zu entwickeln. Im Rahmen der Debatte über die deutsche Vereinigung und die EG regt das EP ein Soforthilfeprogramm für die DDR an und fordert eine angemessene Beteiligung der EG und ihrer Mitglieder am Eingliederungsprozeß. Die Abgeordneten sprechen sich für ein Mitspracherecht der EFTA-Mitglieder bei EG-Entscheidungen aus und fordern eine rasche Abschaffung der Ausfuhrbeschränkungen durch die CoCom-Vereinbarungen, um den mangelhaften Technologietransfer besonders im Umweltbereich zu beenden. Über den Sitz des EP wird ein Kompromiß geschlossen: die zwölf regulären Sitzungen finden weiterhin in Straßburg statt, es werden jedoch Abgeordnetenbüros und Säle für Sondersitzungen in Brüssel angemietet.

Europäische Politische Zusammenarbeit

4. April: Die Zwölf geben im Rahmen der EPZ eine Erklärung ab, in der sie ihrer Besorgnis über die Situation in Litauen Ausdruck geben, rufen darin zu Verhandlungen auf und mahnen beide Seiten zu äußerster Zurückhaltung auf und begrüßen, daß in Litauen keine Gewalt angewendet werden soll.

Bulgarien

5. April: Der bulgarische Ministerpräsident, Andrej Lukanow, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Situation des RGW, dessen Zusammenbruch nach Ansicht Lukanows negative Folgen für den gesamten Kontinent hätte; der RGW müsse daher rasch reformiert und die

östlichen Währungen konvertibel gemacht werden.

EFTA

5./6. April: Die Umweltminister der EFTA und Liechtensteins beraten in Genf über eine umweltgerechte Entwicklung in Osteuropa, die Probleme im Zusammenhang mit der Zerstörung der Ozonschicht und die Beteiligung an einer von der EG geplanten europäischen Umweltagentur.

Europäische Politische Zusammenarbeit

6. April: Die Zwölf äußern im Rahmen der EPZ ihre Besorgnis über die anhaltenden Kämpfe in Angola, rufen erneut zu einem sofortigen Waffenstillstand auf, begrüßen außerdem die Vermittlungsbemühungen mehrerer Länder und bieten Notstandshilfe für die Bevölkerung.

Kolumbien

6. April: Der kolumbianische Präsident Barco Vargas stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die bilateralen Beziehungen, die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa und Lateinamerika sowie Maßnahmen gegen den Drogenhandel. Die EG bereitet einen Plan zur Wirtschaftsförderung in Kolumbien vor, der auch den Export neuer Produkte nach Europa fördern soll, während Barco die EG auffordert, ihren Markt für die heutigen Exportprodukte Kolumbiens zu öffnen.

San-José-Konferenz

9./10. April: Die Außenminister treffen in Dublin mit den Ländern Mittelamerikas zur San-José-Konferenz zusammen. Auch Panama, dessen Teilnahme zeitweilig ausgesetzt war, nimmt daran teil sowie Kolumbien und Venezuela. Ziel der Verhandlungen ist die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EG. Insbesondere wird über die finanzielle Unterstützung seitens der EG, die Verschuldung, Flüchtlingsprobleme, die Schaffung eines mittelamerikanischen Parlaments, die Handelsentwicklung, die regionalen Zahlungssysteme und die Zusammenarbeit in konkreten Berei-

chen (Nahrungsmittelversorgung, Energie, Forschung und Umwelt) gesprochen.

Vereinte Nationen

10. April: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuellar, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über Fragen des Umweltschutzes, der Entwicklungshilfe und Pläne der EG für das Europa der Zukunft.

Europäische Politische Zusammenarbeit

12. April: Die Zwölf bringen in einer EPZ-Erklärung ihre Sorge über die zunehmenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan zum Ausdruck. In einer weiteren Erklärung zu Nepal begrüßen sie, daß der König den Weg für ein demokratisches Mehrparteiensystem öffnen möchte.

Island

18. April: Der isländische Ministerpräsident, Steingrímur Hermannsson, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über eine Stärkung der Beziehungen zwischen der EG und der EFTA, über die Liberalisierung des Luftverkehrs und über Gemeinschaftsprogramme in den Bereichen Forschung, Umwelt und Erziehung.

Europäische Politische Zusammenarbeit

20. April: Die Zwölf äußern ihre Sorge hinsichtlich der Streitigkeiten zwischen Senegal und Mauretanien, führen in einer weiteren Erklärung aus, daß der Erwerb von Massenvernichtungswaffen durch Staaten im Mittleren Osten die Spannungen und Bedrohungen des Friedens und der Stabilität in der Region nur verschärfe. Außerdem verurteilen sie den Einsatz chemischer Waffen durch Irak und setzen sich für eine weltweite Konvention zum Verbot chemischer Waffen ein; Friede könne nur auf dem Verhandlungsweg erreicht werden, nicht durch ein Gleichgewicht des Terrors.

Auswärtige Angelegenheiten/EPZ

21. April: Der Rat der Außenminister berät auf einem informellen Treffen in Dublin über den vom französischen Staatspräsidenten, François

Mitterrand, und dem deutschen Bundeskanzler, Helmut Kohl, initiierten Vorschlag zur Einberufung einer zweiten Regierungskonferenz mit dem Ziel der Errichtung einer europäischen Politischen Union, parallel zur WWU. Der Vorschlag erfolgt vor dem Hintergrund der Ereignisse in Osteuropa, wobei für die EG eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bis zur Vollendung des Binnenmarktes 1993 erreicht sein soll. Dem Vorschlag der Kommission, die DDR in drei Stufen einzugliedern, wird zugestimmt und die Situation in Litauen erörtert.

Im Rahmen der EPZ äußern die Zwölf ihre Sorge über die wirtschaftlichen Maßnahmen der Sowjetunion gegen Litauen und fordern beide Seiten auf, in Verhandlungen eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden.

Umweltpolitik

21./22. April: Der Rat der Umweltminister berät auf einer informellen Tagung in Galway (Irland) über die Förderung des Umweltschutzes in den osteuropäischen Staaten. Neben Investitionen soll außerdem für EG-Unternehmen eine verpflichtende Übereinkunft erzielt werden, bei der Errichtung neuer Produktionsstätten in Osteuropa bestimmte Umweltnormen zu beachten.

Wirtschaft und Finanzen

23. April: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die künftige Währungsunion der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR, wobei dem von der Bundesregierung unterbreiteten Vorschlag zugestimmt wird. Außerdem erörtert der Rat die Teilrevision des EG-Finanzrahmens, den Sitz der künftigen Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Osteuropa (EBWE), der wahrscheinlich in London oder Paris sein wird sowie die Erhöhung der Zollfreimengen und die Unternehmensbesteuerung.

Westeuropäische Union

23. April: Auf der Frühjahrstagung der WEU in Brüssel erörtern die Außen- und Verteidigungsminister die Intensivierung der Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, verständi-

gen sich über Pläne zur Aufstellung von multinationalen Truppenteilen und befürworten eine gemeinsam betriebene Satellitenüberwachung von Abrüstungsabkommen.

Belgische Regionalexekutive

24./25. April: Auf Einladung der belgischen Regionalexekutive beschließen Vertreter der Regionen bzw. Länder und der autonomen Gemeinschaften auf ihrer zweiten Konferenz die Eröffnung eines ständigen Büros in Brüssel und wollen ihre Zusammenarbeit stabilisieren, um stärkeren Einfluß auf den europäischen Integrationsprozeß zu gewinnen und fordern in einer Entschließung einen dreistufigen Aufbau der Europäischen Union mit einer Kompetenzverteilung nach dem Subsidiaritätsprinzip und ein Initiativ- und Mitwirkungsrecht der Regionen bei der Gesetzgebung der Gemeinschaft.

Tibet

25. April: Der im Exil lebende tibetanische geistliche Führer, Dalai Lama, besucht das Europäische Parlament und berichtet über Pläne, die Exilbewegung der Tibeter zu demokratisieren, die bisher von ihm als geistlichem und politischen Oberhaupt des tibetischen Volkes geführt wurde.

Agrarpolitik

25.–27. April: Der Rat der Landwirtschaftsminister verabschiedet auf seiner Tagung in Brüssel die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1990/91; die Garantiepreise für die meisten Produkte werden zum dritten Mal in Folge eingefroren.

Bolivien

26. April: Der bolivianische Präsident, Jaime Paz Zamora, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die bilateralen Beziehungen und den Kampf gegen den Drogenhandel, für den die EG Unterstützung zusagt.

Europäische Politische Zusammenarbeit

26. April: Die Zwölf äußern ihre Sorge über die Situation in Liberia, verurteilen die Anwendung von Gewalt durch beide Seiten und

rufen die Regierung auf, die nationale Versöhnung einzuleiten.

Sozialpolitik

26./27. April: Der Rat der Sozialminister berät auf einer informellen Tagung in Ashford Castle (Irland) über die Ziele der Mitgliedstaaten hinsichtlich des sozialen Schutzes, vereinbart einen stärkeren Informationsaustausch über soziale Sicherheit und erörtert die Koordinierung der Sozialversicherungssysteme.

Europäischer Rat

28. April: Die Staats- und Regierungschefs beraten auf einem Sondergipfel in Dublin über den Vorschlag von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand zur Schaffung einer Politischen Union sowie über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, beauftragen die Außenminister mit den Vorarbeiten zur Einberufung einer Regierungskonferenz, die eine Politische Union parallel zur WWU herbeiführen soll, billigen den Kommissionsplan zur deutschen Einheit und stellen sich hinter die deutschen Vorstellungen hinsichtlich einer KSZE-Gipfelkonferenz.

Europäische Politische Zusammenarbeit

30. April: Die Zwölf verurteilen die vierte Ermordung des kolumbianischen Präsidentschaftskandidaten und fordern, sofort die Gewalt zu beenden.

Mai

Allgemeine Angelegenheiten

3. Mai: Der Rat der Außenminister berät auf einem Treffen mit dem amerikanischen Außenminister James A. Baker in Brüssel über die gemeinsame Unterstützung der Länder Mittelamerikas und der Karibik, die Verhandlungen im Rahmen des GATT sowie über das für Ende 1990 geplante Gipfeltreffen der KSZE. Im Vorfeld dieses Ministertreffens haben Vertreter der EG-Kommission bei Gesprächen in den USA regelmäßige Beratungen auf höchster Ebene vereinbart.

Tschechoslowakei

7. Mai: Der tschechoslowakische Ministerpräsident Marian Calfa unterzeichnet in Brüssel ein Handels- und Kooperationsabkommen mit der EG, das die Aufhebung von Mengenbeschränkungen für Güter aus der ČSFR und den Ausbau der Zusammenarbeit vorsieht.

Umweltpolitik

7. Mai: Der Rat verabschiedet die Verordnung zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines europäischen Umweltüberwachungs- und Informationsnetzes.

Allgemeine Angelegenheiten

7./8. Mai: Der Rat der Außenminister erörtert auf seiner Tagung in Brüssel die deutsche Wiedervereinigung, die Ergebnisse der 2 + 4-Verhandlungen in Bonn sowie das geplante KSZE-Gipfeltreffen, hebt die Visumpflicht für DDR-Bürger auf, verabschiedet die Bestimmungen zur Einsetzung des Programms Tempus und der Europäischen Stiftung für Ausbildung und spricht sich für eine Ausdehnung der westlichen Hilfe, die bisher an Ungarn und Polen geleistet wird, auf die Tschechoslowakei, die DDR, Rumänien und Bulgarien aus.

Europarat

7.-11. Mai: Auf der Tagung der Parlamentarischen Versammlung in Straßburg beraten die Teilnehmer über die Beziehungen zu den Ländern Osteuropas, die praktische Zusammenarbeit im Bildungsbereich, die Situation der Bundesrepublik Deutschland, die Beziehungen zu den USA und Kanada sowie über die Finanzierung von höherer Bildung und Forschung. Nach Ungarn, Polen, der Sowjetunion und Jugoslawien genießen nun auch die Tschechoslowakei und die DDR Gaststatus bei der Parlamentarischen Versammlung.

DDR/Bulgarien/Tschechoslowakei

8. Mai: In Brüssel werden die Kooperationsabkommen der EG mit der DDR, der Tschechoslowakei und Bulgarien unterzeichnet.

DDR

10. Mai: Der Außenminister der DDR, Markus Meckel, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die deutsche Einheit und die Eingliederung der DDR in die Europäische Gemeinschaft.

Zypern

10. Mai: Der zyprische Staatspräsident, Georgios Vassiliou, besucht die Kommission in Brüssel und führt Gespräche über Möglichkeiten der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Zypern und der EG.

Europarat

10. Mai: Das Ministerkomitee berät über den weiteren Ausbau der Beziehungen des Europarates zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Ungarn, Polen, Jugoslawien und die ČSFR haben einen Antrag auf Mitgliedschaft im Europarat gestellt, mit den Regierungen der übrigen Staaten bestehen enge Kontakte.

Binnenmarkt

14. Mai: Der Ministerrat für Binnenmarktfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über Haftpflichtversicherungen für Kraftfahrzeuge, Rechtsschutz für Computerprogramme, das europäische Gesellschaftsrecht sowie über die Schaffung von Zertifikaten zum Schutz von Medikamenten.

Europäisches Parlament

14.-18. Mai: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten beraten über die Verwirklichung der WWU, weitere notwendige Regelungen zur Verwirklichung des Binnenmarktes, über einen offenen Netzzugang für Telekommunikationsdienste, Haushaltsfragen und Umweltaspekte, wie etwa die kontrollierte Beseitigung krebserregender Giftstoffe. Die Parlamentarier billigen das Lomé-IV-Abkommen und diskutieren eine mögliche Ausstattung des Vertrages mit zusätzlichen Mitteln, fordern die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Vietnam, ein Hilfsprogramm für Opfer der Reaktorkatastrophe von Tscherno-

byl, erörtern den Stand der Uruguay-Runde und verurteilen in Resolutionen die rassistischen und antisemitischen Aktionen wie die Schändung von Friedhöfen in Frankreich, die Einschüchterung der Opposition in Rumänien, Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und die Behinderung von Hilfsgüterlieferungen nach Äthiopien. Am 16. Mai berichtet der amtierende Ratspräsident über die Ergebnisse des Sondergipfels in Dublin, insbesondere über die Initiative zur Beschleunigung der Politischen Union. Bundeskanzler Helmut Kohl und der Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière sprechen über den Stand der deutschen Einigung und die enge Abstimmung mit der EG sowie die positive Haltung der Partner gegenüber dem Einigungsprozeß.

Europarat

16.-18. Mai: Die Parlamentarische Versammlung berät auf ihrer Tagung in Budapest den Stand der Wirtschaftsreformen in Osteuropa, fordert zum Abschluß eine Art Marshall-Plan-Hilfe für Osteuropa und ruft die westlichen Industrieländer in einer Deklaration auf, ihre Beschränkungen bei Technologieexporten zu lockern. An der Konferenz, die durch Wahl von Ort und Thema das besondere Interesse des Europarates an dieser Region unterstreichen soll, nehmen Parlamentarier, Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter aus den Mitgliedsländern sowie den Ländern mit Gaststatus teil.

Schengener Abkommen/DDR

17. Mai: Auf einem Ministertreffen in Den Haag beschließen die Partner des Schengener Abkommens (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und die Benelux-Staaten) die Visa-Pflicht für DDR-Bürger zum 1. Juni aufzuheben.

Südafrika

17. Mai: Der südafrikanische Staatspräsident, die Klerk, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die bilateralen Beziehungen, die Apartheidpolitik und wirbt um Unterstützung für die beabsichtigten und zum Teil eingeleiteten Reformen dieser Politik.

Gesundheitspolitik

17. Mai: Der Ministerrat für Gesundheitsfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Krebsbekämpfung im Rahmen eines Aktionsplans für 1990 bis 1994, verabschiedet Schlußfolgerungen zum Thema junge Menschen und Gesundheit im Europa der 90er Jahre und zur AIDS-Bekämpfung und behandelt künftige Aufgaben hinsichtlich der gesundheitlichen und sozialen Aspekte des Drogenmißbrauchs.

EG-Institutionen

17. Mai: Auf der ersten gemeinsamen Konferenz der EG-Institutionen in Straßburg, die auf Anregung des EP die Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion vorbereitet, fordern die Teilnehmer die Einbeziehung der Volksvertreter in den Gesetzgebungsprozeß.

Europäische Politische Zusammenarbeit

18. Mai: Die Zwölf veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung zu Birma (Myanma), wobei sie ernsthaft Zweifel am korrekten Ablauf des Wahlprozesses in diesem Land hegen, zu dem keine ausländischen Beobachter zugelassen sind. Sie weisen auf die andauernde Verletzung von Menschenrechten in Birma hin und appellieren an die Behörden, den Wunsch der Bevölkerung nach der Schaffung einer demokratischen Gesellschaft zu respektieren.

Kulturpolitik

18. Mai: Der Ministerrat für Kulturfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über den Schutz nationaler Kulturschätze, die Europäische Kulturstadt, künstlerische Erziehung, den audiovisuellen Bereich sowie die Zusammenarbeit von Bibliotheken im Bereich der Datenverarbeitung.

Österreich

18. Mai: Der österreichische Außenminister Alois Mock stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über den Beitrittsantrag in die EG. Mock äußert sich optimistisch hinsichtlich eines möglichen Beitritts bis 1994, nachdem Kommissionspräsi-

dent Delors ihm versichert hat, daß die Verhandlungen nach dem 1. 1. 1993 aufgenommen würden; Österreich hält weiterhin an seinem Neutralitätsgrundsatz fest; während Mock eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik für möglich hält, schließt er eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik aus.

Handelspolitik

19. Mai: Der Rat der Handelsminister berät auf seinem informellen Treffen in Dublin Castle (Irland) über die Fortschritte in der Uruguay-Runde.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

19. Mai: Auf einer Sitzung in Paris vereinbaren die 42 Gründungsmitglieder London als Sitz der EBWE und berufen den Franzosen Jacques Attali zum Präsidenten.

Allgemeine Angelegenheiten

19./20. Mai: Der Rat der Außenminister erörtert bei einem informellen Treffen in Parknassilla (Irland) die deutsch-französische Initiative für eine Politische Union, die geplante WWU und die Lage in Mittel- und Osteuropa.

Energiepolitik

21. Mai: Der Ministerrat für Energiefragen beschließt auf seiner Tagung in Brüssel die Förderung sparsamer und alternativer Energietechnologien und verabschiedet eine Richtlinie, mit der die Weiterleitung ausländischen Stroms über bestehende Hochspannungsnetze direkt an industrielle Großkunden erleichtert wird und außerdem ab 1991 die Gas- und Strompreise für industrielle Endverbraucher in der EG offengelegt werden sollen.

Agrarpolitik

21./22. Mai: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel die Festlegung von Importquoten für Fleisch, die Anwendung von Handelsnormen für Eier und Geflügel, über Hilfen für die Käseproduktion, Umweltverschmutzung durch Nitrate in Düngemitteln, die Bekämpfung von Tierseuchen

sowie die Schaffung eines Veterinärfonds zur Verbesserung der Krankheitsvorsorge.

Europäische Politische Zusammenarbeit

22. Mai: Die Zwölf verabschieden eine EPZ-Erklärung zu den israelisch besetzten Gebieten, in der sie die jüngsten Gewalttaten bedauern und zur Ruhe aufrufen.

Industriepolitik

28. Mai: Der Ministerrat für Industriefragen berät auf seiner Tagung in Brüssel die Ziele für die Stahlindustrie, die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen und den Einsatz von Mitteln für Forschung und Entwicklung in diesen Unternehmen.

Entwicklungspolitik

29. Mai: Der Ministerrat für Entwicklungshilfe berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Themen Umwelt und Entwicklung, Erhaltung tropischer Regenwälder, Zusammenarbeit mit Ländern Asiens und Lateinamerika, Nahrungsmittelhilfen, Bewertung von Entwicklungszusammenarbeit sowie die Arbeit einer Konferenz der Vereinten Nationen über wenig entwickelte Länder. Die Minister beschließen, hinsichtlich der Hilfen für die Entwicklungsländer die Gewährung künftig von der Einhaltung der Menschenrechte abhängig zu machen; da an Osteuropa solche Bedingungen gestellt würden, sei es schwierig zu begründen, warum solche Bedingungen nicht auch für eine Reihe afrikanischer Staaten gelten, in denen die politische Situation besorgniserregend sei.

Arbeit und Soziales

29. Mai: Der Ministerrat für Arbeit und Soziales billigt auf seiner Tagung in Brüssel eine Reihe von Richtlinien zur Harmonisierung der Arbeitsschutzbestimmungen und stimmt einem Aktionsprogramm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung in der EG zu.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

29. Mai: In Paris unterzeichnen die 42 Gründungsmitglieder das Übereinkommen zur Gründung der EBWE. Ziel der Bank ist die

Unterstützung der Länder Mittel- und Osteuropas bei der Einführung marktorientierter Wirtschaftssysteme und die Unterstützung privater Initiativen.

OECD

30./31. Mai: Der Ministerrat der OECD berät auf seiner Tagung in Paris über die neuen Beziehungen zu Osteuropa, die positiven Aussichten der Weltwirtschaft, die Integration von Umweltaspekten in die Wirtschaftspolitik und über die Liberalisierung des Textilhandels sowie den Schutz von Plagiaten.

Erziehungsfragen

31. Mai: Der Ministerrat für Erziehung verabschiedet auf seiner Tagung in Brüssel eine gemeinsame Resolution über die Integration behinderter Kinder und junger Menschen in die üblichen Erziehungssysteme, verabschiedet Schlußfolgerungen über die Chancengleichheit von Mann und Frau in der Erziehung, etwa in der Lehrerfortbildung und berät über eine neue Konvention zu Europäischen Schulen.

Juni

DDR

1. Juni: Der Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über Fragen der deutschen Vereinigung und die Integration der DDR in die EG.

Europäische Politische Zusammenarbeit

2. Juni: Die Zwölf äußern ihre Besorgnis über die alarmierende Eskalation von Aktionen und Reaktionen in den von Israel besetzten Gebieten, verurteilen derartige Gewaltakte und sehen allein in Verhandlungen eine Chance, den Frieden im Nahen Osten zu finden; weiterhin wollen sie ihren Beitrag zu wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den besetzten Gebieten leisten.

Australien

5. Juni: Der australische Außenminister Evans stattet der Kommission in Brüssel einen Be-

such ab und führt Gespräche über die politische Situation in der Pazifik-Region, die Veränderungen in Osteuropa, die Uruguay-Runde und die bilateralen Beziehungen, über Kooperationen in den Bereichen Industrie, Technologie und Umweltschutz.

Europarat

5.-7. Juni: Die Justizminister beraten auf einer Konferenz in Istanbul, an der auch Vertreter der DDR, der CSFR, Ungarns, Polens, Jugoslawiens und Kandas teilnehmen, über die Verankerung des Rechtsstaatsgedankens in den sich entwickelnden Demokratien in Mittel- und Osteuropa und beschließen zu diesem Zweck die Schaffung eines "Juristischen Aktions- und Unterstützungsfonds für den Osten".

Westeuropäische Union

5.-8. Juni: Auf der Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris werden die Stärkung des transatlantischen Dialogs sowie die Öffnung nach Osteuropa beraten. Der ungarische Außenminister, Géza Jeszenszky plädiert in seiner Rede am 7. Juni für die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands; er äußert auch den Wunsch Ungarns, als assoziiertes Mitglied an den Arbeiten der WEU beteiligt zu werden.

KSZE

5.-29. Juni: Auf der zweiten Tagung der KSZE-Konferenz über die menschliche Dimension beraten die Teilnehmer über die Verankerung demokratischer Prinzipien in den Reformstaaten Ost- und Mitteleuropas durch rechtstaatliche Einrichtungen und Verfassungen.

Europäische Politische Zusammenarbeit

6. Juni: Die Zwölf veröffentlichen eine Erklärung zu Myanmar (Birma), in der sie das Ergebnis der Wahlen in diesem Land begrüßen, das dem Wunsch nach einem Mehrparteiensystem Ausdruck gibt und rufen die Führung auf, das Wahlergebnis zu respektieren und politische Gefangene freizulassen.

Agrarpolitik

6./7. Juni: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf einer Sondertagung in Brüssel über den innergemeinschaftlichen Rindfleischhandel und verabschiedet Maßnahmen gegen die Verbreitung einer in Großbritannien auftretenden Rinderseuche und zur Vermeidung der Ausfuhr von Fleisch von erkrankten Rindern.

Warschauer Pakt

7. Juni: Die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes erklären auf ihrer Tagung in Moskau, das Militärbündnis in eine politische Vertragsgemeinschaft souveräner und gleichberechtigter Staaten umwandeln zu wollen.

Umweltpolitik

7. Juni: Der Ministerrat für Umweltfragen erwägt auf seiner Tagung in Luxemburg die Richtlinie über Abfälle zu ändern, sucht einen gemeinsamen Standpunkt zur Wiederverwertung und kontrollierten Beseitigung von Altbatterien, berät einen Änderungsvorschlag zur Kontrolle der Wasserqualität, ein Verhandlungsmandat für wesentliche Verbesserungen des Montrealer Ozonprotokolls, einen gemeinsamen Standpunkt zum Treibhauseffekt und über die Probleme des Umweltschutzes im Rahmen der deutschen Vereinigung.

Ungarn

8. Juni: Der ungarische Außenminister Géza Jeszensky unterzeichnet in Brüssel ein Übereinkommen zur Einrichtung eines EG-Büros in Budapest.

Europäische Politische Zusammenarbeit

9. Juni: Die Zwölf begrüßen die Ankündigung des südafrikanischen Präsidenten de Klerk zur Aufhebung des seit vier Jahren andauernden Ausnahmezustands in den meisten Teilen des Landes.

Wirtschaft und Finanzen

11. Juni: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die Voraussetzungen für das Inkrafttreten der ersten Stufe der WWU sowie über

weitere Aspekte dieses Vorhabens und die Verwirklichung der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion. Er erreicht eine Lösung für die direkten Unternehmenssteuern in verschiedenen Mitgliedstaaten, durch die eine Reihe von Steuerhindernissen für den gemeinsamen Markt beseitigt werden und berät über die Abschaffung der Steuergrenzen, Maßnahmen zur Verwirklichung des Binnenmarktes im Bereich der Wertpapierdienstleistungen sowie den Bericht des Rechnungshofs über die Kontrolle der Gemeinschaftspolitik.

Europäisches Parlament

11.-15. Juni: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten beraten über die Ausgestaltung der Beziehung zu den Staaten der EFTA, den Seetransport gefährlicher Güter, die Frage der Haftung für Schäden durch Abfälle, das allgemeine Aufenthaltsrecht, die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand, den Nachtrags- und Berichtigungshaushalt für 1990 und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Am 13. Juni spricht sich der Vizepräsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela, vor dem EP für die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber Südafrika aus. Im Rahmen einer Dringlichkeitsdebatte befürworten die Parlamentarier, die Sanktionen gegenüber Südafrika aufrechtzuerhalten, fordern einen Stop der Einwanderung von Siedlern in die israelisch besetzten Gebiete, treten für eine Suche nach friedlichen Lösungen für den Konflikt in Zentralafrika ein, fordern angesichts der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen im Sudan die Einstellung der Unterstützungsmaßnahmen und fordern weiter, die Konvention zum Asylrecht im Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen nicht zu unterzeichnen.

Europarat

11.-14. Juni: Die Parlamentarische Versammlung berät auf einer Konferenz in Ottawa (Kanada), an der auch Wissenschaftler teilnehmen, über die Veränderung der globalen Umwelt, die Probleme der Ausdünnung der Ozonschicht, den Treibhauseffekt sowie über Dürre und Desertifikation.

Verbraucherschutz

13. Juni: Der Ministerrat für Verbraucherschutz genehmigt auf seiner Tagung in Luxemburg eine Richtlinie über Pauschalreisen, berät über Vorschriften im Bereich der allgemeinen Produktsicherheit, ein gemeinschaftliches Informationssystem über Unfälle durch Konsumgüter sowie einen dreijährigen Aktionsplan zur Verbraucherpolitik.

EFTA

14. Juni: Die EFTA-Minister beraten auf einem Treffen in Göteborg (Schweden) mit EG-Kommissar Frans Andriessen über die künftige Gestaltung der bilateralen Beziehungen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der EFTA in der EG und den geplanten gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

TREVI-Gruppe

14./15. Juni: Die Innen- und Justizminister der Zwölf prüfen im Rahmen der TREVI-Gruppe die Fortschritte ihres Arbeitsprogramms. Elf Mitgliedstaaten (außer Dänemark) unterzeichnen ein Übereinkommen, daß künftig nur ein Mitgliedstaat über einen Asylantrag entscheiden soll, um eine innereuropäische Abschiebung von Asylbewerbern zu vermeiden. Die Minister sprechen sich weiterhin für eine Harmonisierung der Asylpolitik der Mitgliedstaaten aus, begrüßen die Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa und entwerfen ein Übereinkommen über das Überschreiten der Außengrenzen der Gemeinschaft.

Warschauer Pakt

14./15. Juni: In Straußberg bei Berlin beraten die Verteidigungsminister der WP-Staaten über den Übergang des Bündnisses in eine politische Organisation.

Umweltpolitik

16. Juni: Die Umweltminister und Vertreter der Kommission treffen sich in Dublin mit ihren Kollegen aus sieben osteuropäischen Staaten sowie einem Vertreter der EFTA, beraten über die Umweltsituation in Osteuropa und der Sowjetunion und unterzeichnen ein Abkommen über Kooperationen im Umwelt-

schutz, vor allem über die Sicherheit von Atomkraftwerken.

Europäische Politische Zusammenarbeit

18. Juni: Die Zwölf verabschieden eine Erklärung zu Äthiopien, in der sie die Ankündigung der Regierung begrüßen, den Hafen von Massawa für die Lieferung von Hilfsgütern für die Hungersnot im Nordteil des Landes zu öffnen, bekräftigen erneut ihren Aufruf zur Beendigung der Feindseligkeiten und zur Aufnahme von Verhandlungen, äußern ihre Sorge hinsichtlich des Ausbruchs von Gewalt in Rumänien und erinnern an ihre Bereitschaft, Länder zu unterstützen, die sich der pluralistischen Demokratie verpflichtet haben und Rechtsstaatlichkeit sowie die Menschenrechte respektieren.

Agrarpolitik

18. Juni: Der Rat für Landwirtschaftsminister berät auf einem informellen Treffen in Luxemburg über tiermedizinische Probleme, die Höhe einer EG-Beteiligung an den Kosten von Not-schlachtungen sowie die Zusammenarbeit der Veterinärdienste der Mitgliedstaaten zur Kontrolle von Einfuhren aus Drittländern.

Allgemeine Angelegenheiten

18./19. Juni: Der Rat der Außenminister bereitet auf seiner Tagung in Luxemburg die bevorstehende Sitzung des Rates der Staats- und Regierungschefs vor, beschließt, das am 10. Juni beschlossene Handels- und Kooperationsabkommen mit Rumänien zunächst nicht zu unterzeichnen und zieht damit die Konsequenzen aus der Gewaltanwendung der Regierung Rumäniens gegen friedliche Demonstranten. Da die Voraussetzungen für Hilfeleistungen der 24 westlichen Industrieländer für Osteuropa, in deren Genuß auch Rumänien kommen sollte, nach der Gewaltanwendung nicht mehr gewährleistet sind, schlagen die EG-Minister auch eine Aussetzung dieser Hilfe vor. Weitere Gesprächsthemen sind das Kommunalwahlrecht für EG-Bürger im Aufenthaltsstaat, die Neugestaltung der Mittelmeerpolitik, die Beziehungen zu Jugoslawien und zur Türkei, Maßnahmen der Gemeinschaft zugunsten der palästinensischen Bevölkerung in den israelisch

besetzten Gebieten und Schlußfolgerungen der Uruguay-Runde.

Verkehrspolitik

18./19. Juni: Der Rat der Verkehrsminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg über eine Liberalisierung des Luftverkehrs, ermächtigt die Kommission, mit den EFTA-Ländern zu Fragen des Luftverkehrs zu verhandeln, über eine Verordnung zum Betrieb von Luftfrachtdiensten, den Güterkraftverkehr, besonders den Stand der Verhandlungen mit den Transitländern (Österreich, Schweiz, Jugoslawien), über die Höchstabmessungen von Lastzügen und die Steuerharmonisierung in diesem Bereich sowie über den Seeverkehr.

Schengener Abkommen

19. Juni: In Schengen (Luxemburg) unterzeichnen die zuständigen Minister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und der Benelux-Staaten das Schengener Abkommen zum Abbau der Personen- und Warenkontrollen, das nunmehr Ende 1991 in Kraft treten soll. Darin vereinbaren die Vertragspartner intensive polizeiliche und zollrechtliche Zusammenarbeit, wobei flüchtige Straftäter auch über Grenzen hinweg verfolgt werden können. An diesen Fragen war das ursprünglich für Januar 1990 vorgesehene Inkrafttreten des Abkommens zuvor gescheitert.

Binnenmarkt

20. Juni: Der Ministerrat für Binnenmarktfragen verständigt sich auf seiner Tagung in Luxemburg im Güterverkehr darauf, daß Spediteure ab 1993 die EG-Binnengrenzen unkontrolliert passieren dürfen, verabschiedet Entscheidungen, wonach künftig auch Studenten, Arbeitslose und Rentner in allen Mitgliedstaaten Freizügigkeit genießen, berät weiterhin über angestrebte Vereinbarungen hinsichtlich einer Selbstbeschränkung japanischer Anbieter auf dem europäischen Automarkt, Aspekte der Liberalisierung der Versicherungswirtschaft, Rechtsschutz für biotechnologische Erfindungen, die Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise und die Behandlung bestrahlter Lebensmittel.

Griechenland

20. Juni: Der griechische Ministerpräsident Mitsotakis stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Möglichkeiten einer maximalen Wirtschaftsförderung Griechenlands seitens der EG, die Maßnahmen der griechischen Regierung zur wirtschaftlichen Entwicklung, die Modernisierung des Sozialversicherungssystems sowie den Wunsch des Landes, die bestehenden Beschränkungen im Devisenverkehr zu verlängern.

Europäischer Rat

25./26. Juni: Der Rat der Staats- und Regierungschefs beschließt auf seiner Tagung in Dublin die Einberufung von zwei Regierungskonferenzen für den Ausbau der Gemeinschaft zu einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie einer Politischen Union für Mitte Dezember. Als Grundlage für diese Konferenzen billigen die Staats- und Regierungschefs Kompromißpapiere der Außen- und Finanzminister, beraten über Hilfen für die Sowjetunion, den Umweltschutz, die Bekämpfung von Drogenhandel und organisiertem Verbrechen, das Europa der Bürger, die Vereinigung Deutschlands, die Lage in Mittel- und Osteuropa, ferner über die KSZE, die transatlantischen Beziehungen sowie über den Stand der Uruguay-Runde.

Agrarpolitik

25./26. Juni: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die Eingliederung der Landwirtschaft der DDR in den europäischen Agrarmarkt und über eine Verordnung zum ökologischen Landbau und die multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT.

Europäische Politische Zusammenarbeit

26. Juni: Der Europäische Rat veröffentlicht im Rahmen der EPZ Erklärungen, in denen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verurteilt werden, begrüßt die Veränderungen in Südafrika, spricht sich für eine Beibehaltung der Sanktionen aus und nimmt Stellung zur Lage im Nahen Osten.

Fischereipolitik

27. Juni: Der Ministerrat für Fischereifragen berät auf seinem Treffen in Luxemburg über die Leitpreise für Heringe, die Erhaltung der Fischbestände, die Fischereipolitik im Mittelmeer, die Einbeziehung der DDR in die gemeinsame Fischereipolitik sowie Verhandlungen mit der Sowjetunion und anderen Ländern.

Telekommunikation

28. Juni: Der Ministerrat für Fragen der Telekommunikation berät auf einer Tagung in Luxemburg über eine Richtlinie zur Öffnung der Datenkommunikation, die Harmonisierung der Telekommunikationsempfängergeräte und Liberalisierung des Marktes, die Zusammenarbeit im Bereich der Radiofrequenzen und die Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa.

Gerichtshof der EG

28. Juni: Der EuGH erläßt eine vorläufige einstweilige Verfügung, nach der die Bundesrepublik Deutschland die für den 1. Juli vorgesehene Straßengebühr für den Schwerlastverkehr nicht erheben darf.

Andorra

28. Juni: Die EG und Andorra unterzeichnen ein Handelsabkommen, das zum 1. Januar 1991 in Kraft tritt.

Forschung

29. Juni: Der Ministerrat für Forschungspolitik berät auf seiner Tagung in Luxemburg über das Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung 1990–1994, in das Drittländer, vor allem die Staaten Mittel- und Osteuropas, einbezogen werden sollen.

Europäische Politische Zusammenarbeit

29. Juni: In einer Erklärung der Zwölf zu Haiti wird der jüngste Angriff auf den Staatsrat vom 21. Juni, bei dem zwei Menschen getötet wurden, verurteilt und die Parteien aufgerufen, den Demokratisierungsprozeß sowie die Abhaltung von Wahlen nicht zu gefährden.

Europarat

29. Juni – 3. Juli: Die Parlamentarische Versammlung berät auf ihrer Tagung in Innsbruck die Einbindung der osteuropäischen Staaten in ein demokratisches und rechtsstaatlich organisiertes Gesamteuropa, die Umweltsituation in der DDR sowie die deutsche Vereinigung. Am 2. Juli räumt die Versammlung Bulgariens als siebtem osteuropäischen Land den Status eines besonderen Gastes ein. Der rumänische Außenminister Adrian Nastase bemüht sich um eine Mitarbeit Rumäniens im Europarat; das Land wird jedoch aufgrund der unsicheren politischen Entwicklung den besonderen Gaststatus zunächst nicht erhalten.

Juli

Ministerrat

1. Juli: der Ratsvorsitz geht von Irland an Italien über.

Wirtschafts- und Währungsunion

1. Juli: Die erste Stufe zur Europäischen WWU tritt in Kraft. Sie beinhaltet engere Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie regelmäßige Konsultationen über eine gemeinsame Konjunktur-, Haushalts- und Wechselkurspolitik; darüber hinaus entfallen in allen EG-Ländern außer Griechenland, Irland, Spanien und Portugal die Beschränkungen des freien Kapitalverkehrs.

DDR

1. Juli: Mit Inkrafttreten der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion besteht de facto eine Zollunion zwischen EG und DDR – ausgenommen sind noch Agrarprodukte.

Ratspräsidentschaft

2. Juli: Zum Abschluß einer gemeinsamen Sitzung der Kommissionsmitglieder und der italienischen Regierung bei Rom einigen sich die Teilnehmer auf einen Aktionsplan für die italienische Präsidentschaft. Dabei soll vor allem die Einbindung Gesamtdeutschlands und der Abbau von Handels- und sonstigen Hemm-

nissen auf dem Weg zum Binnenmarkt beachtet werden.

Zypern

4. Juli: Der zyprische Außenminister, Georgios Iacovou, überreicht dem amtierenden Ratsvorsitzenden, dem italienischen Außenminister Gianni De Michelis, das offizielle Beitrittsge-such der ganzen Insel Zypern.

Wirtschaftshilfeprogramm für Osteuropa

4. Juli: Die Außenminister der 24 Industriestaaten einigen sich in Brüssel darauf, ein bisher auf Polen und Ungarn beschränktes Wirtschaftshilfeprogramm auf die DDR, die ČSFR, Bulgarien und Jugoslawien auszudehnen; Rumänien soll wegen der gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen vorerst keine Unterstützung erhalten, über wirtschaftliche Hilfe für die UdSSR kann kein Konsens erzielt werden. In einem Schlußdokument wird festgelegt, den vom EG-Gipfel in Dublin bei der EG-Kommission in Auftrag gegebenen Bericht über mögliche Mittel und Wege für eine Unterstützung der Sowjetunion zu prüfen.

Europäische Politische Zusammenarbeit

5. Juli: Die Zwölf erklären im Rahmen der EPZ ihre tiefe Besorgnis über die Situation in Albanien, wo die Menschenrechte und die grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts verletzt würden; die Ereignisse in Tirana stünden in direktem Gegensatz zur Absicht Albaniens, sich dem KSZE-Prozeß anzunähern.

DDR

9. Juli: Der Wirtschaftsminister der DDR, Gerhard Pohl, führt Gespräche mit Kommissar Karel van Miert, der erklärt, die DDR könne noch vor der deutschen Einigung Finanzhilfen aus der EGKS sowie aus der Euratom erhalten, wobei das besondere Gewicht auf den sozialen Maßnahmen liegen solle.

Europäisches Parlament

9.-13. Juli: Plenartagung des EP in Straßburg. Die Abgeordneten beraten über die Europäische Union, die institutionellen Reformen, die

Auswirkungen der Vereinigung Deutschlands auf die EG, die Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, über die Waffenexportpolitik der EG, die Ergebnisse des Dubliner Gipfels, die handelspolitische Zusammenarbeit mit der DDR, Bulgarien und der Tschechoslowakei, die Umsetzung von Gemeinschaftsrecht auf nationaler Ebene sowie über den Erwerb und den Besitz von Waffen. Am 12. Juli stellt der italienische Außenminister, Gianni De Michelis, als Vertreter der neuen Präsidentschaft das Programm für das nächste Halbjahr vor und geht hierbei auch auf die Einbindung der DDR ein, der die EG bis spätestens November Übergangs- und Ausnahmeregelungen gewähren will, falls der zweite Staatsvertrag rechtzeitig abgeschlossen werde. In der Dringlichkeitsdebatte fordert das EP Albanien auf, so schnell wie möglich einem Mehrparteiensystem zuzustimmen und allen Staatsbürgern die in der KSZE-Schlußakte festgehaltenen Rechte einzuräumen.

Europäische Politische Zusammenarbeit

13. Juli: Die Zwölf bekräftigen in einer Erklärung, daß die Konflikte in Angola und Mosambik sich durch Dialog lösen lassen, besonders in Anbetracht der ermutigenden Ansätze bei ersten Gesprächen zwischen Regierung und Rebellen. In einer zweiten Erklärung zu Somalia äußern die Zwölf Besorgnis über die jüngsten Ereignisse und Repressionen und fordern die Regierung auf, die politischen Gefangenen freizulassen und einen Prozeß der nationalen Versöhnung einzuleiten.

Malta

16. Juli: Malta beantragt, nachdem es 20 Jahre assoziiert ist, offiziell die Vollmitgliedschaft in der EG. Malta ist nach der Türkei, Österreich und Zypern der vierte Beitrittskandidat.

Allgemeine Angelegenheiten

16./17. Juli: Der Außenministerrat beschließt auf seiner Tagung in Brüssel einen Zeitplan für die Vorbereitung der Regierungskonferenz zur Politischen Union, die Einsetzung einer Arbeitsgruppe aus Regierungsvertretern, die bis zum 14. Dezember die offenen institutionellen Fragen diskutieren soll und berät über

die entwicklungspolitische Kooperation, die soziale Dimension des Binnenmarktes, Schlußfolgerungen zur GATT-Runde sowie die EG-Beziehungen zu Rumänien und Jugoslawien. DDR-Außenminister Markus Meckel und die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Irmgard Adam-Schwätzer, informieren über den Fortgang des deutschen Einigungsprozesses. Die EG-Außenminister stimmen einem Zeitplan zu, der die Eingliederung des DDR-Gebiets in die EG bis zum Zeitpunkt der staatlichen Einheit sicherstellen soll; Schonfristen für die Wirtschaft der DDR sollen nur bis Ende 1992 gelten.

Ungarn

17. Juli: Der ungarische Ministerpräsident, Josef Antall, teilt mit, daß sein Land im Januar 1992 assoziiertes Mitglied und ab 1995 die EG-Vollmitglied werden wolle.

2 + 4-Konferenz

17. Juli: Auf dem dritten Treffen der Außenminister der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Paris erzielen die Minister zusammen mit dem polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski eine Einigung über die endgültige Regelung zur Festlegung der polnischen Westgrenze; danach soll die bestehende deutsch-polnische Grenze in möglichst kurzer Zeit nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und der Erlangung der vollen Souveränität Deutschlands in einem Grenzvertrag anerkannt werden; der Abschluß eines umfassenderen deutsch-polnischen Vertragswerks ist für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen. Das abschließende Dokument über die völkerrechtliche Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einigung soll in den nächsten Monaten fertiggestellt und während des KSZE-Gipfels im November in Paris unterzeichnet werden.

EFTA

17. Juli: Zu Beginn der halbjährlichen EFTA-Präsidentschaft stattet der schweizerische Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die vor kurzem begonnenen Ver-

handlungen zur Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR).

NATO/Warschauer Pakt

18. Juli: Ungarn und die Sowjetunion nehmen als erste Staaten des Warschauer Paktes diplomatische Beziehungen zur NATO auf.

Wirtschaft und Finanzen

23. Juli: Der Ministerrat für Wirtschaft- und Finanzfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel den Bericht des Währungsausschusses über die Wirtschafts- und Währungsunion, in dem weitgehende Übereinstimmung in den Fragen der Struktur und der Aufgaben eines zu schaffenden Europäischen Zentralbanksystems konstatiert werden; Meinungsverschiedenheiten über die Geschwindigkeiten bei der Vollendung der Währungsunion sollen durch einen Kompromiß beseitigt werden. Es gibt einen einheitlichen Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion, seine praktische Anwendung unterliegt aber unterschiedlichen Übergangsfristen, so daß einige EG-Länder mit hoher Währungsstabilität eine Vorreiterrolle übernehmen können.

KSZE

23. Juli: Das KSZE-Sekretariat teilt mit, daß die drei baltischen Staaten keinen Beobachterstatus bei der Wiener Konferenz erhalten werden; keines der 35 Mitgliedsländer habe den Wunsch von Estland, Lettland und Litauen offiziell unterbreitet, den diese vier Tage zuvor als Positionspapier vorgelegt hatten.

Agrarpolitik

24. Juli: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Beschlüsse des Weltwirtschafts-Gipfels von Houston, über die Integration der DDR-Landwirtschaft in den gemeinsamen Agrarmarkt für das bis zur nächsten Ratssitzung ein Paket mit Übergangs- und Ausnahmebestimmungen vorbereitet werden, beschließt trotz amerikanischer Kritik, an den Grundlagen ihrer Agrarpolitik (Preisstützung, beweglicher Außenschutz oder Ausfuhrerstattungen) festzuhalten und stimmt – mit Blick auf die GATT-Runde

– darin überein, daß die Vorleistungen der EG beim Abbau der Agrarsubventionen in den letzten Jahren anerkannt werden müssen.

Europäische Politische Zusammenarbeit

25. Juli: Die Zwölf fordern in einem dringenden Appell die Bürgerkriegsparteien in Liberia auf, ihre Kämpfe sofort einzustellen.

Haushaltspolitik

27. Juli: Der Ministerrat für Haushaltspolitik beschließt auf seiner Tagung in Brüssel einstimmig den Haushaltsentwurf der Kommission in erster Lesung, der für 1991 Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 52,4 Mrd. ECU vorsieht, was eine Steigerung um etwas mehr als 12% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in den Ländern Osteuropas werden 838 Mio. ECU veranschlagt, worin noch nicht die Eingliederung der DDR in die EG berücksichtigt ist.

Europäische Politische Zusammenarbeit

28. Juli: Die Zwölf gratulieren dem neuen peruanischen Präsidenten, Alberto Fujimori, zu seiner Wahl und geben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß Peru zu einer friedlichen und demokratischen Entwicklung zurückfindet.

Agrarpolitik

30./31. Juli: Die EG-Agrarminister beraten auf einem Treffen mit ihren Kollegen aus den USA, Japan, Kanada und Australien in Irland über Agrarprobleme, wobei der irische EG-Kommissar Ray MacSharry eine 30%-ige Kürzung der Agrarsubventionen innerhalb von zehn Jahren vorschlägt, und die USA, Japan und 13 andere Länder der GATT-Runde auf einen vollständigen Abbau der EG-Agrarsubventionen drängen. Es werden keine konkreten Vereinbarungen getroffen.

August

Europäische Politische Zusammenarbeit

1. August: Die Zwölf bedauern den Putschversuch in Nigeria vom 22. April und verurteilen die zahlreichen Hinrichtungen.

2. August: Die Zwölf rufen in einer Erklärung zum irakischen Einmarsch in Kuwait den Irak zum sofortigen Rückzug auf und behalten sich weitere Initiativen gegen diesen Bruch des Völkerrechts vor, dringen in einer zusätzlichen Erklärung auf eine friedliche Lösung des Bürgerkrieges in Liberia und rufen die beteiligten Parteien in Äthiopien auf, sich auf einen durchführbaren Plan zur Verteilung von internationalen Hilfeleistungen zu verständigen.

3. August: Die Zwölf begrüßen die Durchführung freier Wahlen in Birma und geben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Ergebnisse durch die Bildung einer zivilen Regierung umgesetzt werden.

4. August: Die Zwölf halten die von Irak vorgebrachten Gründe zur Rechtfertigung der militärischen Aggression für unannehmbar und unterstützen die Resolution des UN-Sicherheitsrates über globale Sanktionen, die sie auch anwenden wollen.

9. August: Die Zwölf begrüßen die Erklärung des Präsidenten von Mosambik über die Einführung eines Mehrparteiensystems und erklären sich bereit, die nationale Versöhnung zu unterstützen. Auch befürworten sie die Ergebnisse der Gespräche zwischen der Regierung und dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) in Südafrika und äußern ihre Hoffnung auf einen raschen Verhandlungsbeginn über eine neue Verfassung.

10. August: Die Zwölf fordern die Anwendung der Resolution 661 des UN-Sicherheitsrats im Fall vom Irak, äußern darüber hinaus Besorgnis hinsichtlich der Situation der Ausländer in Irak und Kuwait und fordern Bewegungs- und Ausreisefreiheit für diese Ausländer.

10. August: Auf dem Treffen des Rates der Außenminister in Brüssel informiert Hans-Dietrich Genscher seine Kollegen über den voraussichtlichen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zwischen dem 15. September und dem 14. Oktober. Kommissionspräsident Jacques Delors kündigt die Verabschiedung der notwendigen Beschlüsse der EG bis Ende November an.

20. August: Die Zwölf beobachten mit Besorgnis die Zunahme von Gewalt in Südafrika und rufen zu gemeinsamen Anstrengungen der beteiligten Parteien zur nationalen Versöhnung auf.

Auswärtige Angelegenheiten

21. August: Auf einer Sondertagung in Paris beraten die Außenminister über die Lage im Persischen Golf, weisen das Ultimatum des irakischen Präsidenten zur Räumung der Botschaften in Kuwait zurück, außerdem bekräftigen sie ihre Solidarität mit den von der Golf-Krise betroffenen arabischen Staaten.

Westeuropäische Union

21. August: Auf einer außerordentlichen Tagung in Paris beraten der Rat der Außen- und Verteidigungsminister der in der WEU zusammengeschlossenen Staaten über die Golf-Krise, an der als Beobachter Dänemark, Griechenland und die Türkei teilnehmen. Die Minister vereinbaren die Operation der Mitgliedsländer im Persischen Golf, die sie aufgrund bereits gefaßter oder künftiger Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates durchführen enger, zu koordinieren.

Verkehrspolitik

27.-29. August: Die Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und Österreichs sowie der zuständige Vertreter der EG-Kommission beraten in Brüssel über mögliche Lösungen des blockierten Transitverkehrs über die Alpen und erzielen einen Kompromiß, nach dem Italien und Bayern die Grenzsperren aufheben beziehungsweise die Zufahrten zu den Pässen freigeben und Österreich die behelfsmäßig reparierte Inntalbrücke wieder eröffnet. Die Schweiz nimmt an dem Treffen nicht teil.

September

Europäische Politische Zusammenarbeit

7. September: Die Zwölf verabschieden eine Erklärung zur Lage im Mittleren Osten: Sie fordern die bedingungslose Umsetzung der UN-Resolution zum Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait und die volle Respektierung der Bewegungsfreiheit ausländischer Bürger und verurteilen die Maßnahmen der irakischen Regierung gegen Ausländer und westliche Botschaften als Verstoß gegen das Völkerrecht.

Finanzpolitik

7.-9. September: Der Rat der Finanzminister berät auf einem informellen Treffen in Rom die Auswirkungen des gestiegenen Ölpreises, die Höhe von Hilfsmaßnahmen für von der Golf-Krise betroffene Staaten sowie das weitere Vorgehen auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion, wobei einige Staaten nicht bereit sind, sich auf einen festen Terminplan für den Eintritt in die weiteren Entwicklungsphasen festzulegen.

Europäisches Parlament

10.-14. September: Plenartagung des EP in Straßburg. Die Abgeordneten beraten über den Entwurf des Haushaltsplans 1991, Prioritäten für ein soziales Aktionsprogramm für 1991 und 1992, Beschränkungen bei der Verwendung von Kadmium, Abgasgrenzwerte für Fahrzeuge mit großem Hubraum, die Behandlung kommunaler Abwässer, die Lage am Golf, die vorläufigen Maßnahmen der EG im Zusammenhang mit der Vereinigung beider deutscher Staaten. In der Dringlichkeitsdebatte werden Fragen der Menschenrechte in verschiedenen Ländern, Hilfe bei Naturkatastrophen, die Zusammenarbeit mit Bulgarien, der CSFR und Ungarn, Geschwindigkeitsbeschränkungen für Nutzfahrzeuge sowie die Einführung eines Krisenmechanismus in die Marktordnung für den Güterverkehr diskutiert.

Nordischer Rat

11./12. September: Auf der Ministertagung des Nordischen Rates in Molde (Norwegen) beraten die Teilnehmer über die Golf-Krise und die Beziehungen zwischen der EG und der EFTA.

Allgemeine Angelegenheiten

12. September: Der Rat der Außenminister berät auf einer Sondertagung in Brüssel über ein Paket von Vorschlägen zu vorläufigen Übergangsmaßnahmen für die schrittweise Integration des Gebietes der DDR in die EG nach der deutschen Vereinigung.

2 + 4-Konferenz

12. September: Auf der vierten und letzten Runde der Zwei-plus-Vier-Gespräche zwischen den Außenministern der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sowie dem Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und dem amtierenden Ministerpräsidenten der DDR in Moskau werden noch offene Fragen geregelt und in Gegenwart des sowjetischen Präsidenten der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland unterzeichnet.

EFTA

13. September: Der Präsident der EFTA, Jean-Pascal Delamuraz berät mit Vertretern der EG-Präsidentschaft über den geplanten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Europarat

13. September: Der Europarat legt eine Konvention gegen "Geldwäscherei" vor, die den Mitgliedern ab 8. November zur Ratifizierung offensteht. Danach sollen Gesetze geschaffen werden, die eine Konfiszierung der Gelder und Vermögenswerte vorsehen, die aus Verbrechen stammen. Diese Regelungen sollen auch die grenzüberschreitende Konfiszierung ermöglichen, das Bankgeheimnis soll nicht mehr Hindernis für die internationale Zusammenarbeit und den Informationsaustausch sein.

Europäische Politische Zusammenarbeit

13. September: Die Zwölf begrüßen den Fortschritt der Friedensverhandlungen in Angola und Mosambik, drücken ihre Sorge angesichts der Entwicklungen in Somalia aus, rufen die somalische Regierung auf, Leben und Eigentum der ausländischen Bürger zu schützen und drängen alle Parteien, sich um eine nationale Versöhnung zu bemühen.

14. September: Die Zwölf verfolgen mit Besorgnis die Entwicklungen in Äthiopien, die das Land in einen Kreislauf von Zerstörung und permanentem Notstand stürzen und setzen sich über Verhandlungen auch auf internationaler Ebene ein. Sie verurteilen das Eindringen irakischer Besatzer in die französische und niederländische Botschaft in Kuwait als

schwerwiegende Verletzung internationaler Vereinbarungen.

Allgemeine Angelegenheiten

17. September: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel die Soforthilfe der EG für Flüchtlinge aus Irak und Kuwait, die Verhandlungen mit dem Golf-Kooperationsrat, die Aushandlung eines dritten Finanzprotokolls mit Syrien sowie die Verabschiedung der Richtlinie für vorläufige Maßnahmen zur deutschen Einigung. Er legt Schlußfolgerungen zur Intensivierung der Mittelmeerpolitik der EG vor und erörtert die Ausdehnung eines Aktionsplans der Gruppe der 24, der die Wirtschaftshilfe auch auf andere Länder als Polen und Ungarn ausdehnen soll sowie ein Assoziationsabkommen mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa, stimmt der Unterzeichnung eines Handels- und Kooperationsabkommens der EG mit Rumänien zu, prüft den Stand der Verhandlungen mit der EFTA zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), berät über die jeweiligen Standpunkte der EG für die Tagungen der Kooperationsräte mit Israel und Algerien und beschließt für die Beitrittsanträge von Zypern und Malta die vorgeschriebenen Verfahren einzuleiten.

Binnenmarktpolitik

17. September: Der Rat für Binnenmarktfragen genehmigt auf seiner Tagung in Brüssel Richtlinien zur Vergabe öffentlicher Aufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor, die bisher von der Richtlinie für die Vergabe öffentlicher Aufträge ausgenommen waren. Für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes zieht der Rat Schlußfolgerungen über eine europäische Infrastruktur, erzielt Einvernehmen über eine Richtlinie zur Kennzeichnung des Nährwerts von Nahrungsmitteln und behandelt Fragen des Datenschutzes sowie der Koordinierung von Vorschriften im Versicherungswesen.

Europäische Politische Zusammenarbeit

18. September: Die Zwölf begrüßen die Zustimmung der Konfliktparteien in Kambodscha

zum Friedensvorschlag des UN-Sicherheitsrates vom 10. September.

Westeuropäische Union

18. September: Auf der außerordentlichen Tagung zur Golf-Krise in Paris vereinbaren die Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten ihre im Raum der Arabischen Halbinsel befindlichen Streitkräfte enger zu koordinieren, ohne aber ein gemeinsames Oberkommando zu schaffen. Sie unterstützen den französischen Antrag an den UN-Sicherheitsrat, die Blockade Iraks auch auf den Luftraum auszudehnen.

20. September: Die Parlamentarische Versammlung verabschiedet eine Empfehlung, worin sie den WEU-Rat auffordert, für die Streitkräfte von WEU-Staaten im Raum der Arabischen Halbinsel eine gemeinsame Kommandostruktur zu errichten und tritt für die Schaffung eines WEU-Verbindungsbüros in Washington ein.

Umweltpolitik

23. September: Der Rat der Umweltminister verständigt sich bei einem informellen Treffen in Castelporziano (Italien) auf den verstärkten Einsatz marktwirtschaftlicher und steuerpolitischer Instrumente in der Umweltpolitik, die vorsieht, daß Umweltsteuern etwa in den Bereichen Klimaveränderung, Wasserversorgung, Abfälle und Landwirtschaft erhoben werden können.

Bulgarien

24. September: Zwischen der EG und Bulgarien wird ein Abkommen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit verabschiedet, das am 1. November in Kraft tritt.

Agrarpolitik

24./25. September: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über den Stand der multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT über und die gemeinsame Agrarpolitik nach der deutschen Einigung.

KSZE

24. September – 19. Oktober: Die Teilnehmer einer Tagung über Sicherheit und Umweltschutz in Palma de Mallorca (Spanien), an der auch Israel und fünf arabische Mittelmeerstaaten teilnehmen, plädieren für einen Schutz der mediterranen Ökosysteme.

Europäische Politische Zusammenarbeit

26. September: Gemeinsam mit der UdSSR veröffentlichen die Zwölf anlässlich der UN-Vollversammlung in New York eine Erklärung zum Konflikt im Mittleren Osten und im Golf. Darin verurteilen sie erneut die irakische Invasion und unterstreichen ihre Entschlossenheit, die UN-Resolution durchzuführen. In Übereinstimmung mit der UN-Charta erklären sie, weitere Schritte in Betracht zu ziehen.

KSZE

26./27. September: Die Vertreter der KSZE und die Parlamentarische Versammlung des Europarates beraten in Straßburg über die künftige Architektur Europas, bekennen sich mit den Reformstaaten Osteuropas solidarisch, erklären in einer Resolution, die demokratischen Strukturen und neugeschaffenen marktwirtschaftlichen Mechanismen stärken zu wollen, diskutieren über die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung der KSZE und verabschieden mehrheitlich eine Resolution, in der sie sich generell für die Schaffung einer Europäischen Versammlung auf der Grundlage der Parlamentarischen Versammlung des Europarates aussprechen.

Europarat

29. September – 4. Oktober: Die Parlamentarische Versammlung berät in Straßburg über die deutsche Einigung, die sie in mehreren Stellungnahmen als historisches Ereignis und als Grundlage für die Schaffung einer neuen gesamteuropäischen Ordnung würdigt, bespricht die Entwicklung der Golf-Krise und die Auswirkungen auf die europäische Energiepolitik, stimmt dem Beitritt Ungarns zum Europarat zu und befürwortet die Aufnahme Polens, allerdings nach vorheriger Beobachtung des demo-

kratischen Verlaufs der polnischen Parlamentswahlen im Frühjahr 1991.

Oktober

KSZE

1./2. Oktober: Die Außenminister der KSZE-Staaten regen auf ihrer Sitzung in New York eine Verstärkung des KSZE-Prozesses an, begrüßen die Vereinigung Deutschlands und vereinbaren ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten vom 19. bis 21. November 1990 in Paris, falls bis dahin das KSZE-Abkommen unterschriftsreif ist. Sie verurteilen die irakische Invasion Kuwaits.

Agrarpolitik

2. Oktober: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät bei einem informellen Treffen die Konsequenzen für die gemeinsame Agrarpolitik, die sich aus der Öffnung Osteuropas und der deutschen Einigung ergeben, wobei die Agrarimporte aus Osteuropa auf ein Minimum beschränkt werden sollen, und diskutiert über den notwendigen Abbau von Subventionen im Rahmen von GATT, der möglicherweise die ländlichen Lebensformen in der EG zerstört.

Europäische Politische Zusammenarbeit

2. Oktober: Die Zwölf geben eine Erklärung zur deutschen Einigung ab, in der sie die neuen Bürger der EG und die deutsche Einigung begrüßen.

KSZE/Auswärtige Angelegenheiten

2. Oktober: Am Rande einer Ministerkonferenz der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte in New York treffen die Außenminister der Zwölf zu einer Tagung über die Höhe der gemeinschaftlichen Hilfe für die von der Golf-Krise betroffenen Länder zusammen.

Deutschland

3. Oktober: Durch die Herstellung der deutschen Einheit vergrößert sich das Gebiet der EG. Die deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament werden durch eine Gruppe von 18 Beobachtern aus den fünf neuen Bun-

desländern ergänzt. In den Bereichen Außenhandel, Agrar, Umwelt und der Angleichung technischer Vorschriften und im veterinär- und viehseuchenrechtlichen Bereich werden Übergangsregelungen für die Integration der ehemaligen DDR geschaffen.

Europäisches Währungssystem

6. Oktober: In einem schriftlichen Verfahren billigen die Finanzminister und Notenbankchefs der EG den Beitritt Großbritanniens zum Wechselkursmechanismus des EWS (es fehlen jetzt nur noch Griechenland und Portugal); das britische Pfund wird vom 8. Oktober an mit einem Leitkurs von DM 2,95 am Mechanismus teilnehmen. Mit dieser Vollmitgliedschaft erfüllt Großbritannien eine wichtige Voraussetzung für weitere Fortschritte zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Allgemeine Angelegenheiten

6./7. Oktober: Der Rat der Außenminister berät bei einem informellen Treffen in Asolo (bei Venedig) über die Ausweitung der Kompetenzen der EG in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik; dabei werden unter dem Eindruck der Golf-Krise Meinungsverschiedenheiten über den Weg und das Tempo einer solchen Politik deutlich: die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich lancieren einen Vorschlag, nach dem durch eine Fusion der EG mit der WEU neue Impulse für den Prozeß gegeben werden sollen.

Golf-Krise

7. Oktober: Der amtierende Ratspräsident der EG, der italienische Außenminister Gianni De Michelis, EG-Kommissionspräsident Jacques Delors, die Generalsekretärin des Europarats, Cathérine Lalumière sowie die amtierende Präsidentin des Europarates, Gabriele Gatti, tauschen ihre Meinungen über die Positionen beider Organisationen in der Golf-Krise sowie Aspekte der Zusammenarbeit in Europa aus.

Wirtschaft und Finanzen

8. Oktober: Der Ministerrat für Wirtschafts- und Finanzfragen verabschiedet auf einer Tagung in Luxemburg die bereits von den

Außenministern getroffene Entscheidung über Finanzhilfe an die von der Golf-Krise betroffenen Staaten, die hauptsächlich in Form von nicht rückzahlbaren Darlehen und zu einem kleinen Teil in Krediten geleistet wird. Er berät über die Vorbereitung der Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion, die Überprüfung der Finanzsituation der EG im Hinblick auf die Integration der früheren DDR in die Bundesrepublik Deutschland und damit in die EG und in Hinblick auf die Hilfen an die Frontstaaten im Golf-Konflikt, über die politischen Aspekte der "Geldwäsche", über die Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die Abschaffung der Steuergrenzen.

Wirtschafts- und Währungsunion

8. Oktober: Ratspräsident Gianni De Michelis, Kommissionspräsident Jacques Delors, die Finanzminister der EG und Parlamentspräsident Enrique Baron sowie weitere Vertreter des EP treffen sich zu einem Austausch für die Vorbereitung der Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Agrarpolitik

8. Oktober: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg über einen Vorschlag der Kommission, der ein Verhandlungsangebot der europäischen Agrarpolitik an die Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde enthält, kann sich aber nicht einigen und vertagt sich, um die aufgeworfenen Fragen zu klären.

Europäisches Parlament

8.-12. Oktober: Plenartagung des EP in Straßburg. Die Abgeordneten beraten über den Stand der Uruguay-Runde, die Frage einer paneuropäischen Sicherheitspolitik, die Beziehungen zwischen EP und Rat sowie den Anstieg von Ausländerfeindlichkeit in Europa, die geplante Wirtschafts- und Währungsunion, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten, ein Aktionsprogramm für ältere Menschen und die Erhaltung des Regenwaldes sowie Umweltprobleme im Amazonas-Gebiet. In der Dringlichkeitsdebatte verabschieden die Parlamentarier eine Resolu-

tion, die den Zwischenfall an der Klagemauer in Jerusalem als Massaker verurteilt, fordern Mittel für die Unterstützung von Waisenkindern in Rumänien und sprechen über die Auswirkungen der Golf-Krise, den Konflikt in Ruanda, die Minderheiten in Kosovo (Jugoslawien) sowie die Spekulationen auf dem Erdölmarkt.

Europäische Politische Zusammenarbeit

9. Oktober: Die Zwölf bedauern in einer Erklärung zu Israel den übermäßigen Einsatz von Polizei bei Demonstrationen in den besetzten Gebieten vor dem Hintergrund des blutigen Zwischenfalls in Jerusalem, der eine hohe Zahl an palästinensischen Opfern gefordert hat und weisen besonders auf den wiederholten Bruch der Genfer Konvention über den Schutz der Zivilbevölkerung hin.

Binnenmarkt

9. Oktober: Der Ministerrat für Binnenmarktfragen berät auf seiner Tagung in Luxemburg zur Grünbuch über die Entwicklung eines europäischen Standards, Beschränkungen gefährlicher Substanzen, Fortschritte auf dem Weg zum Binnenmarkt sowie die Behandlung von architektonischen und historischen Gegenständen sowie Kunstschätzen.

Allgemeine Angelegenheiten

10. Oktober: Der Rat der Außenminister behandelt bei einem informellen Treffen den Aspekt "geistigen Eigentums" und den Vorschlag der Kommission hinsichtlich eines Verhandlungsangebots für den Abbau von Subventionen in der Landwirtschaft und berät über die Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT- Abkommens, unterstreicht die Notwendigkeit, die Verhandlungen im Interesse der Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa und weltweit voranzutreiben, sieht Probleme vor allem im Bereich des Marktzugangs, wo die Angebote der anderen Teilnehmer bei den Verhandlungen unzureichend seien, sowie im Bereich der Liberalisierung der Dienstleistungen; ein kohärenter Ansatz zur Bewältigung internationaler Wirtschaftsprobleme sei notwendig.

Europarat

11./12. Oktober: Eine Konferenz der Umweltminister berät in Brüssel über die Ausdehnung der Berner Konvention zum Schutz bedrohter Tierarten und natürlicher Lebensräume auf Osteuropa und einige afrikanische Staaten sowie über eine rechtlich verbindliche Bodenschutzkonvention.

Fischereipolitik

12. Oktober: Der Ministerrat für Fischereifragen berät bei einem informellen Treffen in Palermo über eine Verbesserung der Fischereistrukturen, die Integration der ehemaligen DDR und technische Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände.

Industriepolitik

15. Oktober: Der Ministerrat für Industriefragen berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die industrielle Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten, eine wettbewerbsfähige europäische Flugzeugindustrie, die europäische Halbleiterindustrie, allgemeine Industriepolitik, die Auswirkungen der Golf-Krise auf die Energiewirtschaft sowie über Fragen der Stahlindustrie.

Agrarpolitik

15.-17. Oktober: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg über den Vorschlag der Kommission zur Eingliederung der Landwirtschaft der ehemaligen DDR. Er erzielt keine Einigung über den Kommissionsvorschlag für ein Verhandlungsangebot an die Uruguay-Runde des GATT, das zum 15. Oktober vorliegen sollte. Der von der Kommission vorgeschlagene Abbau der Agrarsubventionen um 30% bis 1996, ohne zusätzliche finanzielle Kompensationsmaßnahmen für die Bauern, stößt weiterhin auf erheblichen Widerstand aus Deutschland, Frankreich, Irland und den Mittelmeerländern.

EFTA

17./18. Oktober: Die Chefunterhändler von EFTA und EG können bei Verhandlungen

über die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) in Brüssel keinen Durchbruch erzielen und vereinbaren eine Verlängerung der Verhandlungsrunde bis zum Frühjahr 1991.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

16.-18. Oktober: Der WSA konstituiert sich auf seiner 280. Plenartagung für seine 9. vierjährige Mandatsperiode, wählt den Franzosen Staedelin zu seinem Präsidenten, der in seiner Antrittsrede vor allem eine Stärkung des WSA im institutionellen Gefüge fordert und gibt verschiedene Stellungnahmen ab.

Kulturpolitik

18. Oktober: Die Kultusminister der EG sprechen sich bei einem informellen Treffen in Castelporziano für eine strikte Kontrolle im Handel mit Gegenständen von künstlerischem und kulturellem Interesse aus.

Europäische Politische Zusammenarbeit

18. Oktober: Die Zwölf erklären ihre Beunruhigung hinsichtlich der Entwicklung in Ruanda, besonders im Blick auf die Beachtung der Menschenrechte und treten dafür ein, den Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen zur Lösung des Problems ruandischer Flüchtlinge in den Nachbarstaaten einzubeziehen.

Telekommunikation

18. Oktober: Der Ministerrat für Telekommunikation berät bei einem informellen Treffen in Rom über die Zukunft der Satelliten und Postdienste in Europa, speziell über Zugang, Liberalisierung und Harmonisierung der Maßnahmen.

Agrarpolitik

19. Oktober: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt seine Tagung in Brüssel fort; nachdem die Kommission nicht bereit ist, ihren Vorschlag zu ändern und die Minister keine Einigung erzielen können, übertragen sie die Suche nach einer Lösung dem Rat der Außenminister.

Kommission

21. Oktober: Die EG-Kommission legt eine Stellungnahme zur institutionellen Neugestaltung der EG vor, in der sie auf das Verhältnis der EG zur WEU, NATO und KSZE eingeht. Sie fordert ein Initiativrecht für politische Angelegenheiten, aufgeteilt auf den Rat, die Mitgliedstaaten und die Kommission sowie eine Stärkung des EP.

Verbraucherpolitik

22. Oktober: Der Ministerrat für Verbraucherfragen berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die Richtlinie des Rates zur Produktsicherheit und einen Kommissionsvorschlag hinsichtlich der mißbräuchlichen Anwendung von Vertragsklauseln.

Allgemeine Angelegenheiten

22. Oktober: Der Rat der Außenminister bereitet auf seiner Tagung in Brüssel die Sitzung der Staats- und Regierungschefs in Rom vor, verabschiedet Schlußfolgerungen zur deutschen Einigung im Hinblick auf die EG, berät über die Beziehungen zur Türkei, die Verhandlungen mit dem Golf-Kooperationsrat und mit den EFTA-Ländern, die Maßnahmen der EG im Rahmen der Golf-Krise (Ausdehnung des Embargos gegen den Irak) und überträgt die Beratungen über den Landwirtschaftsvorschlag für die Uruguay-Runde einer gemeinsamen Tagung der Landwirtschafts- und Außenhandelsminister.

Rumänien

22. Oktober: Das Abkommen zwischen der EG und Rumänien über Handel, handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit wird unterzeichnet.

Europäische Politische Zusammenarbeit

22. Oktober: Die Zwölf bedauern das Wiederaufleben der Feindseligkeiten in Sri Lanka, drängen die Regierung, nur das notwendige Minimum an Gewalt zur Wiederherstellung des Friedens aufzuwenden und verknüpfen ihr künftiges Verhalten bezüglich Hilfeleistungen für Sri Lanka mit der Einhaltung der Menschenrechte seitens der Regierung des Landes.

EFTA

22./23. Oktober: Der Ministerrat berät in Genf über die festgefahrenen Verhandlungen mit der EG zum geplanten gemeinsamen Wirtschaftsraum (EWR), beschließt, um einen Durchbruch zu erreichen, die Zahl der Sonderforderungen auf ein Minimum zu beschränken, erwartet aber andererseits von der EG, daß diese einen gemeinsamen Entscheidungsmechanismus akzeptiert.

Europäisches Parlament

22.-26. Oktober: Plenartagung des EP in Straßburg. Die Abgeordneten beraten über den Zwischenbericht zur EG und die Vereinigung Deutschlands sowie Vorschläge für damit verbundene Rechtsakte, außerdem den Entwurf des EG-Haushalts für 1991. Sie führen eine politische Debatte hinsichtlich des Sondergipfels in Rom, behandeln Fragen der Direktversicherung, des Status der EG-Beamten und des Arbeitsrechts, der Raumordnungspolitik der EG, eines möglichen Schuldenerlasses für die AKP-Staaten, den Schutz der Kunstschätze, den Schutz des tropischen Regenwaldes durch Moratorien gegen die Einfuhr von Hölzern und die Frage des Status von Abgeordneten aus der ehemaligen DDR.

Europarat

23.-25. Oktober: Die Teilnehmer der Umweltkonferenz der Parlamentarischen Versammlung, an der auch Delegierte aus den osteuropäischen Staaten teilnehmen, fordern die Einrichtung eines Fonds zur Rettung ökologisch stark geschädigter Gebiete und die Schaffung eines paneuropäischen Umweltbüros, das gemeinsame Normen beschließen, Strategien koordinieren, die Einhaltung der Normen überwachen und eine Charta mit wichtigen Richtlinien für eine europäische Umweltpolitik ausarbeiten soll.

Agrarpolitik/GATT

26./27. Oktober: Der Rat der Landwirtschaftsminister und der Rat für Außenhandel beraten auf einer gemeinsamen Tagung in Luxemburg über den Landwirtschaftsvorschlag für die Uruguay-Runde, können aber immer noch

keine Einigung erzielen, obwohl die Kommission auf den Wunsch nach stärkerem Schutz der Landwirtschaft und einer Einkommenabsicherung der Landwirte eingeht und einen Kompromißvorschlag vorlegt, der auch Rücksicht auf die Bedenken der Mittelmeeranrainer nimmt.

Europäischer Rat

27./28. Oktober: Die Staats- und Regierungschefs der EG beraten auf einem Sondergipfel in Rom die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), legen gegen den Widerstand Großbritanniens den 1. Januar 1994 als Beginn der zweiten Stufe der WWU fest, falls bis dahin eine Reihe von Bedingungen erfüllt ist; auch bei der Diskussion über das Ziel der WWU, der Schaffung einer gemeinsamen Zentralbank und des ECU als gemeinsamer Währung, stimmt Großbritannien nicht mit den anderen EG-Ländern überein, will jedoch bei der Einhaltung strikter Haushaltsdisziplin, der Zusammenarbeit im Wechselkursmechanismus und bei der Konvergenz der Wirtschaftspolitiken mitwirken. Bezüglich der Politischen Union unterstützen die Staats- und Regierungschefs ein von den Außenministern vorgelegtes Papier, nach dem die EG eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anstreben soll. Hinsichtlich der Golf-Krise lehnen die EG-Mitgliedstaaten einzelstaatliche Kontakte mit Irak ab, sie wollen damit einer Aushöhlung der internationalen Solidarität entgegentreten.

Europäische Politische Zusammenarbeit

28. Oktober: Die Zwölf verurteilen erneut die Verletzung internationalen Rechts durch Irak, fordern die Erfüllung der Resolution des UN-Sicherheitsrats, bekräftigen ihre Absicht, sich weiterhin strikt an die vom Sicherheitsrat vereinbarten Maßnahmen zu halten, einigen sich außerdem, keine Einzelaktionen zu unternehmen, sondern gemeinsam zu handeln und keine Regierungsvertreter zu Verhandlungen um die Freilassung von Geiseln zu entsenden. In einer weiteren Erklärung äußern die Zwölf sich enttäuscht über die Fortsetzung der Gewalt im Libanon und bekräftigen die Rolle der KSZE für die dynamische Entwicklung von

Frieden und Demokratie in einem vereinten Europa.

Energiepolitik

29. Oktober: Der Ministerrat für Energiefragen berät auf einer Tagung in Luxemburg über die Vorschläge der Kommission zu einer möglichen Verknappung der Ölversorgung infolge der Golf-Krise, verabschiedet Richtlinien, die den Elektrizitätsversorgern den grenzüberschreitenden Austausch von Strom, die Durchleitung von ausländischem Erdgas über bestehende Leitungsnetze erlaubt, um damit eine Liberalisierung des Energiemarktes zu erreichen. Deutschland, Dänemark und die Niederlande werden von ihren Kollegen überstimmt. Der Rat für Energiefragen und Umweltschutz berät auf einer Sitzung eine gemeinsame Position der EG für die bevorstehende Weltklimakonferenz in Genf, die vorsieht, die Luftverschmutzung durch Kohlendioxid bis zum Jahr 2000 auf dem heutigen Stand zu stabilisieren.

Umweltpolitik

29. Oktober: Der Rat der Umweltminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg über gefährliche Abfälle, städtische Abwasserbehandlung, Luftverschmutzung durch Kraftfahrzeuge, Schutz der Umwelt in der Mittelmeer-Region sowie ozonschädigende Substanzen.

Verkehrspolitik

30. Oktober: Der Rat der Verkehrsminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg über den beigelegten Alpentransit-Zwist zwischen Italien und Österreich, das 28-Tonnen-Limit für den Gütertransport durch die Schweiz, künftige Lösungen für die Transportprobleme im Alpentransit sowie die Frage der Straßennutzungsgebühr in der Bundesrepublik Deutschland.

November

Entwicklungspolitik

5. November: Der Ministerrat für Entwicklung und Zusammenarbeit berät auf seiner Tagung in Brüssel über Richtlinien für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Lateinameri-

ka und Asien, über eine Nothilfe für das Horn von Afrika, einen Aktionsplan für den tropischen Regenwald, die Entschuldung der AKP-Staaten sowie über Aspekte für die Entwicklungsländer im Rahmen der Verringerung von FCKW-Emissionen.

Allgemeine Angelegenheiten

5. November: Der Rat der Außenminister bekräftigt auf einer Sondersitzung in seine bisherige Haltung zur Golf-Krise, spricht sich erneut gegen Verhandlungen mit Irak aus und berät über das Schicksal der dort festgehaltenen Geiseln.

EFTA/Umweltpolitik

5. November: Die Umweltminister der EG und der EFTA beraten auf einer Tagung in Genf die gemeinsame Haltung für die bevorstehende zweite Weltklimakonferenz.

Europarat

5. November: Die Justizminister würdigen bei einem informellen Treffen in Rom den 40. Jahrestag der Europäischen Menschenrechtskonvention und die Generalsekretärin Cathérine Lalumière spricht vom allgemeinen Wunsch, daß die Konvention Schritt für Schritt von der KSZE übernommen werde.

Agrarpolitik

5./6. November: Der Rat der Landwirtschaftsminister befürwortet auf einer Sondertagung zusammen mit den Ministern für Außenhandel in Brüssel die Verordnung über Übergangsmaßnahmen und Anpassungen bei der Eingliederung des Gebiets der ehemaligen DDR in die EG und einigt sich einstimmig auf ein Angebot für die Uruguay-Runde in Genf, das vorsieht, die der Landwirtschaft gewährten Stützungen binnen zehn Jahren global um 30% zu verringern; die Kommission der EG sagt flankierende Maßnahmen zu, die die Auswirkungen der Subventionskürzungen mildern sollen.

Europarat

6. November: Im Mittelpunkt der Ministertagung in Rom stehen der politische Meinungs-

austausch über den weiteren Ausbau der Beziehungen des Europarates zu den Staaten Mittel- und Osteuropas und die Rolle des Rates im KSZE-Prozeß; außerdem wird Ungarn offiziell als 24. Mitglied aufgenommen.

Binnenmarkt

8. November: Der Ministerrat für Binnenmarktfragen verabschiedet auf seiner Tagung in Brüssel zwei Richtlinien zur Liberalisierung des Versicherungsmarktes und berät die beschränkte Haftung im Rahmen des Gesellschaftsrechts, Fragen des Waffenbesitzes, jährliche Rechenschaftsberichte von Unternehmen, den Schutz von Computerprogrammen, die Anerkennung beruflicher Qualifikationen sowie die Überwachung von Unternehmenszusammenschlüssen.

Europarat

8. November: Die ersten zwölf Mitgliedstaaten unterzeichnen die Europäische Konvention gegen das Waschen von Geldern aus Drogen und anderen kriminellen Geschäften.

Jugendpolitik

9. November: Der Rat der für Jugendfragen zuständigen Minister berät auf einem informellen Treffen in Rom über die Aussichten auf Programme der Mitgliedstaaten für junge Leute, die Programme der EG im Bereich der Berufsbildung sowie über die Möglichkeit, eine Konferenz mit Jugendorganisationen aus Osteuropa zu organisieren.

Bildungspolitik

12. November: Am Rande eines Kolloquiums zur höheren Bildung in Siena (Italien) berät der Rat der Bildungsminister die Anforderungen an die universitäre Ausbildung angesichts der Trends auf dem Arbeitsmarkt, die Bewertung und Rolle der EG-Aktionen in diesem Bereich und die rechtlichen Grundlagen für Initiativen und Aktionen der EG.

Allgemeine Angelegenheiten

12. November: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Golf-Krise, die Beziehungen zu den USA, die

Kooperation mit der UdSSR, über einen Meinungsaustausch zur geplante Aufnahme von Assoziationsverhandlungen mit osteuropäischen Staaten, den Stand der Verhandlungen mit den EFTA-Staaten über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), eine neue Mittelmeerpolitik sowie die Beziehungen zu Entwicklungsländern in Asien und Lateinamerika.

Maghreb-Union

12. November: Die Außenminister der EG treffen erstmals mit Amtskollegen der Maghreb-Union (Marokko, Algerien, Mauretanien, Tunesien und Libyen) zu einem Meinungsaustausch zusammen.

Europäische Zentralbank

13. November: In Basel einigen sich die Notenbankchefs der EG-Mitgliedstaaten auf einen Satzungsentwurf für die Europäische Zentralbank, der als Grundsätze die Verpflichtung auf Preisstabilität, die Unabhängigkeit von politischen Einflüssen sowie die unteilbare Verantwortung der Zentralbank für die Geldpolitik vorsieht, sowie ausschließt, daß staatliche Defizite durch Rückgriffe auf die Notenpressen finanziert werden. Der Entwurf enthält auch die britischen Vorbehalte gegenüber den Kompetenzen einer EG-Zentralbank sowie gegenüber einer einzigen Währung für die EG.

Haushaltspolitik

15. November: Der Ministerrat für Haushaltsfragen vertagt auf einer Tagung die zweite Lesung des Haushalts für 1991 auf den 19. November, um die Beratungen der Finanzminister abzuwarten, die noch über Eckdaten für zusätzliche Haushaltsmittel für die Golf-Politik und die Folgekosten der deutschen Vereinigung befinden müssen.

Allgemeine Angelegenheiten

15. November: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel die Verhandlungen der Uruguay-Runde, signalisiert Verhandlungsbereitschaft, unterstreicht jedoch, daß es in der GATT-Runde nicht nur um Landwirtschaftsangelegenheiten gehe und weist in einer gemeinsamen Erklärung daraufhin,

daß ein Scheitern der Runde zu einer Zunahme der Handelsverzerrungen, des Protektionismus und des Bilateralismus führen müsse; deshalb dürfe es zu keiner Absage oder Verschiebung der Schlußkonferenz kommen.

Europäische Politische Zusammenarbeit

15. November: Die Zwölf äußern ihre Besorgnis über den geringen Fortschritt der Ermittlungen im Fall der Ermordung von sechs Jesuitenpatres in El Salvador vor einem Jahr und rufen alle beteiligten Parteien auf, sich für die Verbesserung der Menschenrechte in diesem Land einzusetzen.

Vereinigte Staaten von Amerika

16. November: Der amerikanische Außenminister, James A. Baker, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über den Streit um Agrarsubventionen zwischen der USA und der EG im Rahmen des GATT.

Wirtschaft und Finanzen

19. November: Der Ministerrat für Wirtschafts- und Finanzfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel die Liberalisierung im Banken- und Versicherungsbereich, die Verhandlungen in der Uruguay-Runde, die Wirtschafts- und Währungsunion der EG, die Ausweitung von Kredithilfen für osteuropäische Staaten und die Neuregelung der Mehrwertsteuer, wobei sich die Minister auf ein neues Erhebungssystem einigen.

Haushaltspolitik

19. November: Der Ministerrat für Haushaltsfragen setzt die am 15. November unterbrochene Tagung in Brüssel fort, trifft sich mit einer Delegation des EP und führt anschließend die zweite Lesung des abgeänderten und mit Vorschlägen des EP versehenen Entwurfs durch.

Kulturpolitik

19. November: Der Ministerrat für Kulturpolitik berät auf seiner Tagung in Brüssel über den Schutz nationaler Schätze von künstlerischem, historischen oder archäologischem Wert, über die Berufsausbildung im Kulturbe-

reich, ein Programm zur Förderung der europäischen audiovisuellen Industrie (MEDIA), den europäischen Kulturmonat sowie das Autorenrecht.

Europäisches Parlament

19.–23. November: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten beraten über die zivilrechtliche Haftung für durch Abfälle verursachte Schäden, Geldwäsche als Straftatbestand, europäische Normen, ein gemeinsames Mehrwertsteuersystem und Statistiken über den Warenverkehr, die deutsche Einigung, die Zusammenarbeit zwischen Rat und EP, Teilbereiche des Rahmenprogramms für Forschung, Beihilfen für den Schiffbau, die Frage einer Beteiligung des EP an den Regierungskonferenzen, die Frage der 18 Beobachter aus der ehemaligen DDR im EP, die Agrarfragen im GATT, Verhandlungen mit Ungarn, Polen und der ČSFR, Struktur Anpassungen im Fischereisektor, Finanzhilfen für von der Golf-Krise betroffene Staaten, die Förderung der audiovisuellen Industrie und der beruflichen Bildung in diesem Bereich sowie über ein Informationsnetz für die Entwicklung des ländlichen Raumes.

KSZE

19.–21. November: Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der 34 KSZE-Staaten in Paris verabschieden die Teilnehmer das Abkommen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) und den Vertrag über die Reduzierung konventioneller Rüstungen in Europa. Daneben erklären die Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Vertrag den Kalten Krieg in Europa für beendet und verabschieden die "Charta für ein neues Europa" von Paris.

Umweltpolitik

20. November: In Warschau beraten die Umweltminister Bulgariens, Jugoslawiens, Rumäniens, der ČSFR, Ungarns, der Sowjetunion sowie Litauens und der Ukraine über Umweltpolitik zur Marktwirtschaft und diskutieren, wie westliches Kapital und umweltfreundliche Technologien ins Land zu holen sind.

Forschungspolitik

20. November: Der Ministerrat für Forschungspolitik ermächtigt auf seiner Tagung in Brüssel die Kommission, die Verhandlungen über einen Standort und den Konstruktionsentwurf eines thermonuklearen Versuchsreaktors (ITER) zu führen, der von der EG gemeinsam mit den USA, Japan und der Sowjetunion entwickelt werden soll.

Fischereipolitik

20. November: Der Ministerrat für Fischereifragen berät auf seiner Tagung in Brüssel Maßnahmen zum Erhalt der Fischbestände, strukturelle Maßnahmen sowie die gemeinschaftliche Fischereipolitik und legt die Preise für 1991 fest, wobei er mehrheitlich einem von der Präsidentschaft vorgelegten Kompromißpaket folgt.

Verkehrspolitik

21./22. November: In Paris beraten 20 europäische Verkehrsminister und Vertreter einiger assoziierter Staaten über Umweltfragen den schweizerischen Wunsch nach Anschluß an das französische Schnellbahnnetz (TGV), die Entwicklung von Alternativen im Alpen-Transit durch die Förderung des kombinierten Verkehrs sowie den Abschluß eines Alpen-Transit-Vertrags der EG mit Österreich und der Schweiz.

Kanada

22. November: Der kanadische Premierminister, Brian Mulroney, und der amtierende Ratspräsident, Giulio Andreotti, stellen die transatlantische Erklärung über die Beziehungen zwischen der EG und Kanada in Rom vor, die gemeinsame politische Prinzipien und Bereiche der Zusammenarbeit auflistet, etwa die Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel, -konsum und Geldwäscherei, die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Schutz der Umwelt und Maßnahmen gegen massenhafte Migrations- und Flüchtlingsströme.

Kommission

22. November: Die EG-Kommission veröffentlicht ihren zweiten und letzten Bericht über den Stand des Fortschritts auf dem Weg zum Binnenmarkt, in dem sie bisher Erreichtes, offene Fragen sowie die Umsetzung von EG-Richtlinien in nationale Gesetzgebung mit Blick auf den 31. Dezember 1992 überprüft, stellt einen Rückstand gegenüber den gesetzten Zielen fest, der, wenn er größer werden sollte, durch außergewöhnliche Maßnahmen des Rates aufgefangen werden müsse.

23. November: Die Kommission genehmigt die geplanten Beihilfen der Bundesrepublik Deutschland und der alten Bundesländer für die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer.

Zivilschutz

23. November: Der Ministerrat für Zivilschutz berät auf einer Tagung die Bekämpfung von Waldbränden im Mittelmeerraum, gegenseitige Hilfeleistungen bei Natur- und Umweltkatastrophen und einigt sich auf einen gemeinsamen Telefonnotruf, der nach 1991 "112" lauten wird.

Vereinigte Staaten von Amerika

23. November: Die EG und die USA veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich verpflichten, weitere Schritte zur Liberalisierung des Handels zu unterstützen, die Prinzipien des GATT und der OECD hinsichtlich des Austauschs von Gütern, Dienstleistungen und Investitionen umzusetzen sowie im Kampf gegen Terrorismus, Rauschgifthandel und Geldwäscherei zusammenzuarbeiten. Außerdem sollen Umweltschutz und Nichtverbreitung von ABC-Waffen beraten werden.

Stadt- und Landschaftsplanung

23./24. November: Der Ministerrat für Stadt- und Landschaftsplanung führt bei einem informellen Treffen in Turin (Italien) einen Meinungsaustausch über die neuen Probleme im Bereich der Stadt- und Landschaftsplanung in der Folge des Binnenmarktes, insbesondere die Schaffung eines ausgewogenen europäischen

Städtenetzes, die Integration der Transport- und Infrastrukturen sowie neue Aspekte von Grenzproblemen nach dem Abbau der inner-europäischen Grenzen.

Sozialfragen

26. November: Der Ministerrat für Sozialfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über eine Verbesserung der Situation der älteren Menschen, verabschiedet strengere Grenzwerte für die Herstellung und Anwendung von Asbest und spricht über Berufsausbildung, Demographie und Familienpolitik sowie Freizügigkeit für Arbeitnehmer.

Industriepolitik

26. November: Der Ministerrat für Industriefragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über die generelle Industriepolitik der EG, eine Verbesserung des Rechtsschutzes für patentierte Medikamente, die Verabschiedung einer Anschlußrichtlinie über Beihilfen für den Schiffbau sowie Berichte der Kommission über die Auswirkungen der Uruguay-Runde auf die Industrie und die Situation der europäischen Halbleiterindustrie sowie des Handwerks.

Namibia

26. November: Die EG und die AKP-Staaten stimmen dem Beitritt Namibias zum Lomé-IV-Abkommen zu.

Politische Union

26. November: Der Rat der Außenminister trifft zu einer vorbereitenden Sitzung für die Regierungskonferenz am 14. und 15. Dezember zusammen.

Agrarpolitik

27. November: Der Rat der Landwirtschaftsminister erneuert auf seiner Tagung in Brüssel die Vereinbarungen über Olivenöl, stimmt dem Eintritt Portugals in die zweite Phase der Integration in den gemeinschaftlichen Agrarmarkt zu und stimmt drei Bestimmungen zur Harmonisierung von Gesundheitsvorschriften im Veterinär- und Pflanzenschutzbereich zu.

Schengener Abkommen

27. November: Italien tritt dem Schengener Abkommen bei, Spanien und Portugal werden Beobachter.

Österreich

27. November: Der österreichische Außenminister besucht die Kommission in Brüssel und erklärt, die Neutralität seines Landes bedeute kein grundsätzliches Hindernis für einen Beitritt zur EG. Er zieht Parallelen zur Teilnahme Österreichs am KSZE-Prozeß.

Assisen

27.-30. November: Die Parlamentarier der EG-Mitgliedstaaten kommen in Rom mit Vertretern des EP zu einem Meinungsaustausch über die Fortentwicklung der EG zusammen, wobei die Notwendigkeit einer Demokratisierung der EG durch eine stärkere Rolle des EP betont wird.

Tourismus

29. November: Der Ministerrat für Tourismus berät auf seiner Tagung in Brüssel über das Zweijahresprogramm für die Entwicklung von Gemeinschaftsstatistiken zum Tourismus, ländlichen Tourismus, das europäische Tourismusjahr, Entwicklungsvorhaben sowie Tourismus im Zusammenhang mit Regionalpolitik.

Entwicklungspolitik

29. November: Der Ministerrat für Entwicklungsfragen einigt sich auf seiner Sondertagung in Brüssel nicht auf das Finanzvolumen, mit dem die EG in den nächsten Jahren Entwicklungsvorhaben in Lateinamerika und Asien unterstützt.

Dezember

Wirtschaft und Finanzen

2. Dezember: Die Finanzminister und Notenbankchefs stellen auf einer informellen Tagung in Mailand ihren Entwurf für ein Statut der geplanten Europäischen Zentralbank vor. Hauptziele sind die Preisstabilität und die Garantie der Unbahängigkeit der Institution.

Die Frage einer künftigen gemeinsamen Währung bleibt nach wie vor offen.

Gesundheitspolitik

3. Dezember: Der Ministerrat für Gesundheitsfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über ein Aktionsprogramm zur Ernährung, die Qualität von Lebensmitteln, Getränke und Wasser, Drogenkonsum, AIDS und die Zusammenarbeit von Giftzentren.

Wirtschaft und Finanzen

3. Dezember: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Liberalisierung von Investitionsdienstleistungen, die geplante Wirtschafts- und Währungsunion sowie Übergangmaßnahmen für ein gemeinsames Mehrwertsteuersystem, die Verhinderung von Geldwäscherei und eine europäische Unterstützung für die Sowjetunion, jedoch ohne Ergebnis.

Außenhandel

3.-7. Dezember: Der Ministerrat für Außenhandel berät auf seiner Tagung in Brüssel über den Fortgang der Uruguay-Runde.

Allgemeine Angelegenheiten

4. Dezember: Der Rat der Außenminister beschließt auf seiner Tagung in Brüssel zur Unterstützung der Sowjetunion eine Lebensmittelhilfe von bis zu drei Milliarden Mark und nimmt das Grundsatzpaket zur Eingliederung der fünf neuen Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland an, womit diese EG-Bestimmungen bindend sind – abgesehen von Übergangszeiten in bestimmten Bereichen. Hinsichtlich der Hilfe für die vom Embargo gegen Irak am stärksten betroffenen Länder wird ebenfalls eine Einigung zwischen Parlament und Rat erzielt.

EFTA

5. Dezember: Der schweizerische Volkswirtschaftsminister und derzeitige EFTA-Ministerratsvorsitzende, Jean-Pascal Delamuraz, stattet Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Bemühungen um einen Fortschritt

der EG-EFTA-Gespräch über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum (EWR).

Westeuropäische Union

5.-7. Dezember: Die Parlamentarische Versammlung fordert auf einer Tagung in Paris den Ministerrat auf, eine mobile Eingreiftruppe der WEU aufzustellen, um zur Friedenserhaltung beitragen zu können. Die Golf-Krise habe gezeigt, daß WEU-Mitgliedstaaten zur Beteiligung an multinationalen Streitkräften fähig seien. Dieses müßte nun institutionalisiert werden.

Bildungspolitik

6. Dezember: Der Ministerrat für Bildungsfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Weiterentwicklung des Informationsnetzes Eurydice, die Rolle der Erziehung im Kampf gegen Drogen, die Bewertung von Erziehungssystemen und die Fortbildung im nichtuniversitären Bereich. Am Rande der Tagung empfangen die Minister ihre Amtskollegen aus der ČSFR, Ungarn und Polen, die angesichts der problematischen Zustände in ihrem Erziehungswesen die EG um Hilfe bei der Schulung von Lehrkräften und in der Berufsausbildung bitten.

Politische Union

6. Dezember: Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident, François Mitterrand, senden eine gemeinsame Botschaft an den amtierenden Präsidenten des EG-Ministerrates, Giulio Andreotti, über ihre Vorstellungen zur Politischen Union.

TREVI-Gruppe

6./7. Dezember: Die Innen- und Justizminister beraten im Rahmen der sogenannten TREVI-Gruppe in Rom über das Problem einer starken Ost-West-Migration, ferner über die Diskrepanz zwischen dem Fortschritt der Wirtschaftsintegration und der nur langsamen Entwicklung einer grenzüberschreitenden Verbrechenbekämpfung, der Zusammenarbeit bei der Abwehr illegaler Einwanderung sowie einer gemeinsamen Asylpolitik.

Wirtschaft und Finanzen

10. Dezember: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Frage der Finanzierung einer Lebensmittelhilfe für die Sowjetunion sowie die Vorbereitungen des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs in Rom.

Westeuropäische Union

10. Dezember: Die Außen- und Verteidigungsminister erörtern auf einer Tagung in Paris die Ergebnisse des KSZE-Prozesses und die politischen Wandlungen in Europa, die Verifizierung und Abrüstung nach dem KSE-Vertrag, die Rolle der WEU in der künftigen Sicherheitsstruktur Europas sowie den Golf-Konflikt.

Agrarpolitik

10./11. Dezember: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Uruguay-Runde und die sanitären Maßnahmen im Binnenhandel, Veterinärkontrollen für Produkte aus Drittländern und Regelungen für den Handel mit Wermut und anderen aromatisierten Weinen.

Europäisches Parlament

10.-14. Dezember: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten verabschieden den Haushalt für 1991, beraten den Ausbau des Netzes von Hochgeschwindigkeitszügen innerhalb der EG sowie über den Ausbau der Schienenverbindungen nach Mittel- und Osteuropa, die Forderung nach Lebensmittelhilfen für die Sowjetunion, das Scheitern der GATT-Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde, fordern einen Welthandels Gipfel unter Einschluß der Entwicklungsländer, verstärkte Bemühungen der EG um eine friedliche Lösung der Golf-Krise sowie die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz unter Einschluß des Nahost-Konflikts und der Palästinenser-Frage und verurteilen die Menschenrechtsverletzungen in Syrien.

Binnenmarktpolitik

13. Dezember: Der Ministerrat für Binnenmarktfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über den Rechtsschutz für Computerprogram-

me, die Kontrolle über den Erwerb von Schußwaffen, eine Richtlinie zu Aromastoffen und das europäische Gesellschaftsrecht sowie die Haltbarmachung von Lebensmitteln durch Bestrahlung, die mehrheitlich abgelehnt wird.

EFTA

13./14. Dezember: Der Ministerrat berät auf seiner Tagung in Genf über den Fortgang der Verhandlungen mit der EG über den geplanten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und diskutiert die mögliche Erweiterung der EFTA durch osteuropäische Staaten.

Telekommunikation

14. Dezember: Der Ministerrat für Telekommunikation berät auf seiner Tagung in Brüssel über das Grünbuch der Kommission über Satellitenkommunikation, nimmt eine gemeinsame Position zu einer Richtlinie für schnurlose Telefone an, verabschiedet eine Resolution über mobile Funktelefone und vereinbart Schlußfolgerungen für die Rolle der Telekommunikation in den Staaten Mittel- und Osteuropas.

Europäischer Rat/Regierungskonferenz

14./15. Dezember: Die Staats- und Regierungschefs vereinbaren im Rahmen des Europäischen Rates in Rom eine Milliardenhilfe für die Sowjetunion, stecken den Rahmen für die angestrebte Politische Union ab, die parallel zur Wirtschafts- und Währungsunion verwirklicht werden soll, vereinbaren laut dem gemeinsamen Communiqué eine schrittweise engere Zusammenarbeit bei Rüstungskontrolle und -exporten sowie die stärkere Koordinierung im Rahmen der KSZE und der Vereinten Nationen.

Am gleichen Tag beginnen in Rom die Regierungskonferenzen über eine Ergänzung der Verträge zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Politischen Union.

Wirtschaft und Finanzen

17. Dezember: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen einigt sich auf einer Tagung in Brüssel auf Garantien für Lebensmittelkredite an die Sowjetunion im Rahmen der vom EG-Gipfel in Rom zugesagten Hilfe und berät

über die notwendige Einigung auf eine neue Mehrwertsteuerregelung und eine Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche im Zusammenhang mit Drogenschmuggel und organisiertem Verbrechen.

Verkehrspolitik

17./18. Dezember: Der Ministerrat für Verkehrspolitik berät auf seiner Tagung in Brüssel die Liberalisierung des Transportsektors, einigt sich auf das Kabotageprinzip, das ab 1993 gelten soll und verabschiedet dazu neue Quoten für die Lizenzvergabe sowie eine Richtlinie zur Absicherung im Krisenfall.

Allgemeine Angelegenheiten

18./19. Oktober: Der Rat der Außenminister erteilt auf seiner Tagung in Brüssel der Kommission ein Verhandlungsmandat für Assoziierungsverhandlungen mit Polen, Ungarn und der CSFR, beschließt eine Erhöhung der Hilfen für die Länder des südlichen und östlichen Mittelmeers (u. a. zur Verhinderung einer befürchteten Einwanderungswelle) um fast das dreifache sowie Kredithilfen für Jugoslawien unter der Bedingung besserer Transitbedingungen für EG-Transporte und stockt das Finanzvolumen für Hilfen an Länder in Lateinamerika und Asien um 75% auf.

Arbeits- und Sozialpolitik

18. Dezember: Der Ministerrat für Arbeit und Soziales billigt auf seiner Tagung in Brüssel eine Richtlinie zur Gleichstellung von Festangestellten und Zeit-Arbeitskräften hinsichtlich der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz und diskutiert die Probleme einer zunehmenden Überalterung der Industriegesellschaften und der Rentenfinanzierung, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie eine Richtlinie zum Schutz gegen Asbestrisiken am Arbeitsplatz.

Lomé-Abkommen

19. Dezember: Der Ministerpräsident von Namibia, Hage Geingob, unterzeichnet in Brüssel das Lomé-Abkommen zwischen der EG und den AKP-Staaten.

EFTA

19. Dezember: Die Minister von EG und EFTA beraten über die Schaffung des gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes, dessen Übereinkommen bis Mitte 1991 fertig sei soll.

Fischereipolitik

19./20. Dezember: Der Ministerrat für Fischereiangelegenheiten berät auf einer Tagung in Brüssel über die Fangquoten für 1991, Artenschutzbeschränkungen in portugiesischen und spanischen Gewässern, Quoten und Beschränkungen in den Gewässern von Grönland und den Färöer-Inseln sowie technische Maßnahmen zum Ressourcenschutz und eine Verbesserung der sektoralen Strukturen.

Rio-Gruppe

20. Dezember: In Rom unterzeichnen die Außenminister der elf Länder der lateinamerikanischen Rio-Gruppe und die EG eine gemeinsame Erklärung über die Intensivierung ihrer Beziehungen sowie ein Abkommen über stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Chile, womit sie Chile in der Gemeinschaft demokratischer Nationen begrüßen.

Europäische Politische Zusammenarbeit

20. Dezember: Die Zwölf bedauern im Rahmen der EPZ den Rücktritt des sowjetischen Außenministers, Eduard Schewardnadse.

Umweltpolitik

20./21. Dezember: Der Ministerrat für Umweltfragen beschließt auf seiner Tagung in Brüssel die schrittweise Einführung des geregelten Dreiwegekatalysators für neue Fahrzeugmodelle und Neuwagen und berät über die Behandlung städtischer Abwässer, den Schutz der Ozonschicht, Umweltschutz im Mittelmeerraum, Kennzeichnung gefährlicher Substanzen und über die Frage des Einsatzes wirtschaftlicher oder fiskalischer Instrumente im Kampf gegen CO₂-Emissionen.

Forschungspolitik

21. Dezember: Der Ministerrat für Forschung leitet auf seiner Tagung in Brüssel die Durchführung des Rahmenprogramms für die Forschung ein, in dem er gemeinsame Positionen zu einer Reihe von spezifischen Programmen verabschiedet; das Förderprogramm für Umweltforschung soll auch den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa geöffnet werden.

Europäische Politische Zusammenarbeit

24. Dezember: Die Zwölf äußern in einer Erklärung zu Äthiopien ihre Besorgnis über die Ernährungslage der Bevölkerung und rufen die Konfliktparteien auf, sich um eine friedliche Lösung zu bemühen.

28. Dezember: Die Zwölf begrüßen in einer Erklärung zu den Wahlen in Haiti den fairen und ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen und erklären ihre Bereitschaft zur Unterstützung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte des Landes.